

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei gleich einmaliger Aufteilung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Belgien, Schweden und die Schweiz. - Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ und der Unterhaltungssbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Reparationszeile kostet 3.- M. Leerrangzuschlag 0,50. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1.- M. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leerrangzuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.- M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.- M. die Zeile ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifrist von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 15190 - 15197

Freitag, den 4. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 11753 - 54

Briands Wiederholungen.

Paris, 3. Februar. (W.B.) Ministerpräsident Briand führte in der Kammer über die Ergebnisse der Pariser Konferenz folgendes aus:

Die Regierung gibt Ihnen die Erläuterungen, die sie Ihnen über die zwischen den Alliierten abgeschlossenen Vereinbarungen schuldet.

Die Verhandlungen sind unter den Umständen, die Sie kennen, eingeleitet worden. Unsere Regierung war kaum konstituiert, als sich bereits die verschiedenartigsten und verwickeltesten Probleme aufwarfen, die

rauhe und klare Lösungen

verlangten. Wir haben in unserer letzten Erklärung die großen Linien unserer Politik, die wir zu verfolgen gedenken, auseinandergesetzt. Wir haben uns bemüht, gestützt auf die Autorität, die wir durch Ihr Vertrauen gefunden haben, in einer kurzen Spanne Zeit, inmitten von Schwierigkeiten, die uns entgegenstehen, die Ansichten der verschiedenen Alliierten miteinander in Einklang zu bringen, damit

im Rahmen des Friedensvertrages

von Verfall des Konvention von Paris das Programm, das die Kammer mit großer Mehrheit gebilligt hatte, annehme. Die Konferenz war einberufen worden, um eine Verständigung über die Entlastung, über das Orientproblem und über die Reparationsfrage zu finden. Es handelte sich darum, den von den Kontrollkommissionen festgestellten Verzögerungen an den Verpflichtungen, die die deutsche Regierung übernommen hatte, sowohl auf Grund des Vertrages als auf Grund des Abkommens von Boulogne und Spa ein Ende zu bereiten. Die französische Regierung, die berechtigt war, am 1. Januar 1921 die Anwendung der in Spa festgesetzten Sanktionen zu fordern, hielt darauf, diese Frage mit den alliierten Mächten in voller Klarheit zu erörtern; es war ihr Wunsch, daß vor Ihren Augen die Wägung festgestellt werde, von der sie nicht aufgehört hat, bei der Verfolgung ihrer unantastbaren Rechte einen Beweis zu liefern.

Nachdem Briand weiter erklärt hatte, daß die militärischen Sachverständigen die entschiedensten Maßnahmen verlangt hätten, namentlich Auflösung und Entlassung der unregelmäßigen Organisationen, sagte er, die Entlassung bilde namentlich für Frankreich eine vitale Frage der Sicherheit. Die französische Delegation habe deshalb in energischster Weise darauf gedrungen, daß in allen Punkten die Vertragsklauseln und die Verpflichtungen bezüglich der verschiedensten Probleme in

in vernünftiger Zielstift

aber unter Androhung von Sanktionen die ihre Ausführung sichern, gelöst werden können. Nachdem diese Frage zur Zufriedenheit von Frankreich geregelt gewesen sei, habe die Konferenz

die Reparationsfrage

in Angriff genommen. Die Größe der Schuld, selbst wenn man nur die ins Auge fesse, die durch den Vertrag von Versailles vorgeschrieben sei, habe vor den alliierten Völkern ein Problem nicht nur finanzieller, sondern auch politischer Art aufgeworfen. Schon während der Redaktion des Friedensvertrages hätten sich die Schwierigkeiten als beträchtlich erwiesen. Jede der interalliierten Besprechungen seit der Ratifikation des Friedensvertrages habe sich mit dem Problem beschäftigt müssen. So schwierig es auch gewesen sei, eine Lösung zu finden, so hätten sich doch die Alliierten verständigt, daß diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werde. Denn die Zeit war da, um die Unsicherheit zu beseitigen. So ungeheuer verwickelt

die ganze Angelegenheit war, so galt es doch, sobald wie möglich das Gleichgewicht der Wirtschaftsverbindungen wiederherzustellen. Frankreich besitze sich in der materiellen und moralischen Notwendigkeit daß seine verwüsteten Provinzen entschädigt und wieder aufgebaut werden müßten. Aber die Verschiedenartigkeit der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zeige sich, unter welchen Gesichtspunkten man die Frage auch betrachte. Wie die Ministererklärung es bereits angekündigt habe, hätte man sich vor dem Unlöslichen beugen (1) müssen. Deshalb sei man vor folgende Punkte gestellt worden. 1. Von Deutschland sofort die Zahlung von Beiträgen, die

so hoch wie möglich bemessen

worden, zu verlangen, damit man mit ihrer Realisierung rechnen könne. Das sei unerlässlich gewesen, nachdem zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verfloßen seien, während deren Frankreich für einige zehn Milliarden Vorschüsse anstelle des sich entziehenden Deutschlands geleistet habe. 2. wollten wir die Gläubigerstaaten Deutschlands durch eine der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands angepaßte Kombination an diesen Gewinnen teilnehmen lassen, um die Unmoralität zu vermeiden, daß sich der Besiegte bereichere (1) und der Sieger ruiniert werde. Wenn wir den Gedanken von Jahreszahlungen nicht zurückwiesen,

die auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands begründet waren, so wollten wir auch nicht den wahrscheinlichen Fall aus dem Auge verlieren, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seine Möglichkeit, sich seiner Schulden zu entledigen, in Zukunft vergrößert gewesen wäre. Wir hatten allen Grund zu der Annahme, daß die

Festsetzung einer Zuschlagszahlung

in direktem Zusammenhang mit dem deutschen Export, welche die französische Delegation vorgeschlagen hatte, dieses Problem lösen könnte, und zwar mit größtmöglicher Sicherheit und Gerechtigkeit.

Wenn man diese Frage prüft, darf man nicht vergessen, daß Deutschland, um Frankreich zu bezahlen, jedes Jahr sich Reichtümer im Auslande schaffen muß, indem es seinen Export ausdehnt und seinen Import auf das notwendige Maß reduziert. Das könnte aber Deutschland nur zum Schaden des Handels und der Industrie der anderen Länder bewerkstelligen. Das ist

die bestmögliche und schmerzliche Folge

der Tatsache selbst. Die Erhebung einer prozentuellen, in fremden Devisen zahlbaren Zehrschote von Deutschlands Ausfuhr wird im Rahmen des Möglichen seine Lage verbessern.

Nachdem Briand die vorgesehene Zahlungen einschließlich der Ausfuhrsteuer mitgeteilt hatte, sagte er seine Ausführungen dahin zusammen, es handle sich also um Zahlung der deutschen Schuld in den Grenzen seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten, die sich hauptsächlich in der Entwicklung seiner Ausfuhr zeigen würden. Es werde übrigens möglich sein, die genauen Ziffern der deutschen Ausfuhr zu prüfen und festzusetzen, um jede

Fälligkeit zum Schaden Frankreichs zu verhindern,

ein genauer Plan sei nach dieser Richtung ins Auge gefaßt, und auch Kontrollmaßnahmen seien in dem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Abkommen vorgesehen und könnten die vollkommene Einkassierung dieser Annuitäten sicherstellen. Dank der Kombination einer feststehenden Jahreszahlung mit einer fortlaufenden Zahlung sei die Forderung der Alliierten verknüpft mit der Zukunft Deutschlands. Die französische Regierung habe keineswegs auf die Möglichkeit verzichtet, von Deutschland, wenn sich seine Wirtschaft wieder erhebe und erhole,

die Zahlung der Gesamtschuld

zu verlangen. Die Reparationskommission werde gemäß dem Vertrage den Betrag vor dem 1. Mai 1921 festsetzen. Die 12prozentige Abgabe vom Export sei ein sichtbares Zeichen der wirtschaftlichen Prosperität des Schuldners und werde gestatten, die tatsächlichen Ziffern und die Rechnungsziffern einander näher zu bringen. Außerhalb der verschiedenen in Boulogne diskutierten aber nicht von den Alliierten angenommenen Garantien habe die Konferenz von Paris klar festgestellt, daß die für die Entlastung vorgesehene Sanktionen sich vollkommen auf das Reparationsproblem beziehen sollen. Man habe nicht nötig, die Bedeutung einer derartigen Entscheidung, die begründet sei in allgemeinen Bestimmungen des Vertrages, zu unterstreichen, die, übrigens in einem strikten Geiste der Billigkeit (1) gehalten, in keiner Weise das unbestreitbare Recht (1) der Alliierten überschreiten. Die Konferenz würde nichts getan haben, wenn sie sich damit begnügt hätte, die Verpflichtungen festzusetzen, ohne die Ausführung durch Sanktionen sicherzustellen. Diese Sanktionen, die die Alliierten in voller Solidarität durch geeignetes Abkommen feststellen hätten, seien bekannt. Es handle sich um die eventuelle Belästigung der Besatzungsfristen im Rheinland, um die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen und die

Bestellung eines neuen Teiles deutschen Gebietes

sei es das Ruhrgebiet oder ein anderes, ferner um die Errichtung von Kontroll- und anderen Maßnahmen im besetzten Rheinland, schließlich aber auch um die Unmöglichkeit für Deutschland, an dem Völkerbunde teilzunehmen, bevor es nicht Beweise seines loyalen Willens gegeben habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die es unterzeichnet habe. Mit der Reparationsfrage sei verbunden die

Frage der Kohlenlieferungen

nach dem 31. Januar, an welchem Tage das Abkommen von Spa abgelaufen sei. Diese besondere Frage sei schon praktisch durch die Entscheidungen der Reparationskommission angeklammert worden. Die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles das Recht habe, in jedem Augenblick die Lieferungsverhältnisse Deutschlands zu bestimmen, und die durch ein Schreiben vom 27. Dezember die verlangten Ziffern von 220 000 Tonnen für die Monate Februar bis März, sowie von 250 000 Tonnen pro Monat für die Rückstände der vorhergehenden Monate ohne Vorschüsse und Prämien mitgeteilt habe. Wenn Deutschland widerspreche, werde es nach dem Vertrage ausführen müssen, der viel höhere Ziffern vorsehe als die, die die Reparationskommission festgesetzt habe.

Nachdem Ministerpräsident Briand noch ferner erklärt hatte, daß die Ereignisse in Griechenland und Kleinasien die dringende Notwendigkeit gezeigt hätten, durch den Ausgleich der verschiedenen Interessen einer endgültigen Frieden herzustellen, erklärte er, daß eine Konferenz in London diese Frage zu regeln gedenke und erwähnte dann noch hierzu die ferneren Beschlüsse der Konferenz, nämlich die Anerkennung von Georgien, Estland und Lettland als selbständige Staaten. Das seien die Ergebnisse, die dank dem Geiste des Entgegenkommens und des guten Willens der Alliierten erzielt worden seien. Die Konferenz von Paris habe die Entente gestärkt. Ihr wesentlichstes Wert sei die

Konsolidierung der Friedensfront

gewesen, die über alle Widerstände hinweg werde, und diejenigen, die für die Ruinen verantwortlich seien, zwingen werde, ihre Schuld zu begleichen. Es sei nicht eines der geringsten Verdienste dieser Zusammenkunft gewesen, daß sie in einer Atmosphäre von Herzlichkeit zu Ende gegangen sei, die gestalten werde, der Zukunft in vollem Vertrauen und in voller Sicherheit entgegenzusehen.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Rede selbst hervorgehoben, daß es sich bei der Reparationsfrage um ein ungeheuer verwickeltes, unendlich schwieriges Problem handle, über das man die verschiedensten Meinungen haben könne. Ehrlicher und logischerweise sollte man uns also nicht gleich mit Drohungen kommen, weil auch Deutschland in dieser es einermachen interessierenden Angelegenheit eine eigene Meinung zu haben sich erlaubt.

Das ist um so weniger notwendig und anständig, da sich der Streit nicht um das Ob, sondern nur um das Wie und Wie dreht. Briand spricht von den verwüsteten Gebieten. Deutschland ist bereit, jeden verlorenen Nagel und jede zerbrochene Fenster Scheibe zu ersetzen, jeden Ort wieder aufzubauen, jedes Feld wieder urbar zu machen, aber die französischen Unternehmer erlauben ihm nicht, das zu tun, weil sie, ganz wie ihre deutschen Kollegen, aus dem Unglück ihres Volkes Profit schlagen wollen. Deutschland ist zum Wiederaufbau bereit, obwohl es — Briand spricht nur von „französischen Vorschüssen“ — in zwei Jahren bereits 20 Goldmilliarden Kriegsenständigung geleistet hat, und Deutschland hätte auch schon noch einige Milliarden dazu leisten können, wenn nicht eben drüben die Angst vor der deutschen Konkurrenz bestünde!

Zum Ruhme Frankreichs hat Herr Briand wenig beigetragen durch die ausdrückliche Erklärung, daß die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe von französischen Sachverständigen ausgeht sei. Der französische Genius kann auf diese Erfindung nicht stolz sein. Sie schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß Deutschland entweder überhaupt nicht zahlen oder aber nur durch schärfste Konkurrenz auf dem Weltmarkt zahlungsfähig werden kann. In dem Maße, in dem man es hindert zu konkurrieren, hindert man es zu bezahlen, und in dem Maße, in dem man es zwingt zu bezahlen, zwingt man es zu konkurrieren. Es gibt da keinen Ausweg!

In der Hauptsache beschränkt sich Briand darauf, die Pariser Beschlüsse noch einmal als Gipfel der Weisheit und Berechtigtkeit anzupreisen. Er nennt die Absicht, die Rheinlande von Deutschland loszureißen und ins Ruhrrevier einzumarschieren, wenn Deutschland „Vorschläge“, die mit dem Vertrag im Widerspruch stehen, nicht annimmt, „das unbestreitbare Recht der Alliierten“. Wahrhaftig, dieses Recht ist ebenso „unbestreitbar“ wie das Recht eines Räubers, einen friedlichen Wanderer nachts zu überfallen!

Nach dem bisher eingegangenen Bericht scheint es, als ob sich Briand mit den im Deutschen Reichstag abgegebenen Erklärungen überhaupt gar nicht befaßt hätte. Das wäre allerdings eine bequeme Methode, sich mit dem Geauer auseinanderzusetzen, aber schwerlich eine geschickte. Die Welt würde nicht wenig erstaunt sein, wenn der französische Ministerpräsident auf volkswirtschaftliche und völkerrechtliche Beweisführungen mit nichts anderem zu antworten vermöchte, als mit dem Hinweis auf marschierende Bataillone.

Man wird also vollständiger Berichte abwarten müssen!

Zivile Luftschiffahrt nicht verboten!

Eine Ergänzungsnote berichtigt die Pariser Luftfahrtsklausel dahin, daß außer der militärischen nicht die zivile, sondern die maritime Luftfahrt verboten sei.

Deutsche Kohlen-Denkchrift.

(W.B.) Deutschland hat in Paris eine zusammenfassende Denkschrift über die Kohlenfrage überreicht, ein sehr umfangreiches Dokument, das besonders auch die technischen Probleme erörtert.

### Drei vernichtende Gutachten.

Norman Angell — Brailsford — Jouhaug.

London, 3. Februar. (Meldung des Holländisch Neuwsbureau.) Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ veröffentlicht drei interessante Gutachten über den neuen Entschädigungsplan der Alliierten.

Norman Angell,

der bekannte Verfasser des Buches „Die große Illusion“, steht in dem Plan nur einen Teil zur Irreführung der Wähler. Er erklärt: Es ist reine

Demagogie, Spiegelschere und Anstalt.

Diese Zahlen sind phantastisches Geschwätz, und jeder, der sie aufstellt hat, weiß dies. Aber sie dienen dazu, das Publikum ein oder zwei Jahre zum besten zu haben, und da unsere Staatsmänner von der Hand in den Mund leben, ist ein Jahr oder zwei ein Zeitalter. Bis dahin wird es in Frankreich ein anderes Ministerium und in England vielleicht einen anderen Premier geben, und jemand anders wird in der Tasche sitzen. Das ist Lloyd Georges Staatsmannskunst.

Dieselbe Ansicht äußert der englische Nationalökonom

Brailsford.

Er tabelt den „Daily Herald“, daß er die Pariser Konferenz und ihre Beschlüsse eine „Verrücktheit“ genannt habe. Verrücktheit umschleife immer noch einen Teil von Aufrichtigkeit. Hier handele es sich aber um viel Schlimmeres. Er weist darauf hin, daß der letzte offizielle Bericht über die Wirtschaftslage Deutschlands das ganze deutsche Nationaleinkommen auf 100 Milliarden Mark veranschlagte, daß Deutschland mit einem Defizit von mehr als 70 Milliarden Mark arbeite und daß die 2 Milliarden Goldmark, die Deutschland nun im ersten Jahr bezahlen sollte, 22 Milliarden Papiermark ausmachen, so daß also Deutschland einen Ausgabeetat aufstellen müßte, der zweimal so groß sei wie das ganze Nationaleinkommen. Der wahre Zweck der in Paris zum Ausdruck gekommenen Politik sei, die deutschen Arbeiter als Sklavenarbeiter in ihre Gewalt zu bekommen und mit diesem Mittel dann die alliierten Arbeiter zu unterwerfen.

Jouhaug

protestiert gegen die Ausdehnung der Befehung und gegen die Erhöhung der Kohlenlieferungen durch Deutschland. Er erklärt, die Lösung des Wiedergutmachungsproblems könne nur durch die gemeinsame Arbeit französischer und deutscher Arbeiter gesehen, und die Erklärung, welche die deutschen Gewerkschaften in diesem Sinne abgegeben hätten, sei klar und bewundernswert.

Anders klingt es aus Belgien. Im „Peuple“ heißt es:

„Alle deutschen Blätter sind sich darin einig, daß Deutschland nicht bezahlen wird, aus dem guten Grunde, daß — behaupten sie — es nicht bezahlen kann. Das ist also noch immer derselbe Rehrreim, mit dem man uns seit Versailles die Ohren vollkaut. Wir werden auf der demnächst in Brüssel stattfindenden Sachverständigenkonferenz sehen, ob die deutschen Proteste ebenso berechtigt sind wie lärmend.“

Somit kein Wort der Kritik. Die Internationale kann wirklich auf solche Mitglieder nicht stolz sein.

### Prügelei in der „Humanität“.

Paris, 3. Februar. (Tel.) Ungefähr 20 Anarchisten erschienen am Abend in der Redaktion der „Humanität“ und trugen, weshalb eine Einsendung von ihnen nicht veröffentlicht worden ist. Da sie keine befriedigende Antwort erhielten, zerstückten sie die Stühle und Tische in den Redaktionsräumen und zerstörten die Telephondrähte. Dann hielten sie über die Redakteure her und verprügelten sie. Die Anarchisten verließen die Redaktion mit dem Ruf: „Nieder mit der Diktatur!“ Ob das nicht Falschingsanarchisten waren? Oder schlugt auch die Moskauerer nicht mehr vor — Spartakisten?

Das von Rom. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung betreiben die tschechischen Sozialisten den Massenaustritt aus der katholischen Kirche. „Pravo Lidu“ zufolge haben sich in Bilsen bereits 7000 Personen zum Austritt angemeldet.

### Bienen — und Professorenfabeln.

Prof. Plate, der Nachfolger von Ernst Haeckel, in Jena, hat in einem durch Sonderdruck verbreiteten Aufsatze den Bienenstaat gegen den Sozialismus mobilisiert. Nachdem der „Naturforscher“ u. a. versichert hat, daß „die Anhänger Kapps — sich von den edelsten Rassen haben lassen“, erklärt er wortwörtlich: „Die (Bienen-) Königin führt ein überaus monotonen Dasein, sie opfert sich, wie so mancher edle Fürst (!) es getan hat, für ihr Volk auf, indem sie Zelle auf Zelle „besüßet“, d. h. mit einem Ei versieht. Der mit diesem Satz sich selbst grimmig verhöhrende Herr Biologe hat ganz recht: „Ranher edle Fürst“ hat sich in solcher Weise „aufgeopfert“, ganz freiwillig und obwohl das Jus primae noctis schon längst abgeschafft war. Die „Drohnenkämpfer“, die der naturkundige Biologismus mit verlegenem Stillschweigen umgeht, bedeutet ihm nichts anderes als ein vorbildlich rigoroses Mittel, die Harmonie im Staat aufrechtzuerhalten. Es ist eben sehr bedauerlich, daß man Herrn Kapp und seinen Offizieren als berufensten Drohnen und Schlächtern nicht verstatet hat, das rigorose Mittel zur Aufrechterhaltung der Harmonie anzuwenden. Hernach — doch nein —, das muß man wörtlich genießen! Die (Bienen-) Arbeiter machen während ihres Lebens eine ganze Stufenfolge verschiedener Verrichtungen durch. Zuerst sind sie Brutbienen... darauf werden sie zu Baubienen... endlich nach Erledigung dieser häuslichen Pflichten... fällt ihnen die schönste Aufgabe des Bienenlebens zu; sie werden Flugbienen... Wir dürfen aus diesen Tatsachen, welche in ähnlicher Weise bei allen Staaten und Kolonien bildenden Tiere wiederkehren, den Schluß ziehen, daß auch für das Gedeihen des menschlichen Staates die strenge Einrichtung der Arbeitsteilung, wie sie in den verschiedensten Berufen zum Ausdruck kommt, unbedingt erforderlich ist. Das von vielen Sozialdemokraten gepredigte Rezept: alle Menschen sind im Durchschnitt gleich und jeder hat das gleiche Anrecht auf irgendeine Tätigkeit, diese sonderbare Logik der Novembertruppe ist ein Schlag wider die Natur und wider die Vernunft und eine der Hauptquellen deutschen Elends.“

Sonderbare Logik! Der Bienenstaat leidet gerade, wie Plates eigene Darstellung (Brutbienen, Baubienen, Flugbienen) erweist, genau das Gegenteil von dem, was der imperialistische Nationalist als „naturgemäß“ hinstellen will. Aber was schert den Gesehten Geist, Wissenschaft und Naturvorbild, wenn es gilt, Dumme zu flenden, gegen die „falsche, international denkende Humanität“ zu geifern.

Wenn doch Prof. Plate das erste Gebot jeder Arbeitsteilung befolgen möchte, nicht sich mit Dingen zu befassen, von denen er offenbar nichts versteht. Naturwissenschaftler haben des Hieren trassete Ignoranz auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften bewiesen. Dieser Plate aber ist ein Gipfel des Diktatorismus. Er hat etwas davon läuten hören, daß der Sozialismus als Ziel strebt, den ganzen Menschen zu entwickeln und ihn von der heuligen Krüppelhaftigkeit zu befreien. Aber deswegen will er doch nicht die Arbeitsteilung aufheben, die eine Erzeugnisse jahrtausendlanger Entwicklung ist. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten im Interesse der Gesellschaft zu entfalten. Dieses Recht hat natürlich auch Prof. Plate; aber niemand wird behaupten können, daß er einen Gebrauch davon macht, der im Interesse der Wissenschaft oder auch nur in seinem eigenen Luge.

### Keine Erweiterung der Koalition.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen hört, werden innerhalb der Regierungskoalition Versuche, eine Verbreiterung ihrer Grundlage herbeizuführen, kurzzeitig nicht unternommen. Wenn auch über einen Zutritt der Deutschnationalen die Ansichten auseinandergehen, so stimmen die Regierungsparteien doch darin überein, daß eine Mitübernahme der aktiven Verantwortung durch die Sozialdemokratie sehr erwünscht wäre. Die sozialdemokratische Fraktion wird aber bis zu den Preußenwahlen ihre bisherige Stellung nicht aufgeben, so daß sich auch alle Bemühungen, die auf eine sofortige Erweiterung der Koalition hinführen, erübrigen.

Es sei davon Kenntnis genommen, daß die Deutsche Volkspartei, die jetzt für die „Befreiung Preußens aus roten Ketten“ kämpft, den Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung für sehr erwünscht hält. Zurückgewiesen werden muß aber die Unterstellung, daß die Sozialdemokratie „bis zu den Preußenwahlen“ ihre bisherige Stellung nicht aufgeben werde. Die sozialdemokratische Partei würde, ohne Rücksicht auf Wahlstatistik, an jedem Tage wieder in die Regierung eintreten, an dem sie zu der Ueberzeugung käme, daß sie dem deutschen Volk damit helfen könne. Sie kann das aber nicht, indem sie die Mitverantwortung für eine Politik übernimmt, die zum geringsten Teil die ihre und zum größten Teil die Politik der bürgerlichen Parteien, namentlich der monarchistischen Deutschen Volkspartei sein würde. Deshalb zieht es die Sozialdemokratische Partei vor, ihre freie Stellung außerhalb der Regierungskoalition zu bewahren. Sie glaubt durch sie dem deutschen Volke unter den gegenwärtigen Umständen mehr nützen zu können als durch die Uebernahme einiger Ministerportefeuilles.

### Für schleuniges Bauen!

Im Gewerkschaftshaus hat am 1. Februar eine Beratung aller der Gewerkschaften stattgefunden, deren Mitglieder im Baugewerbe tätig, bzw. daran stark interessiert sind. Teilgenommen haben der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer, der Zentralverband der Töpfer, der Zentralverband der Maler, Zentralverband der Tischler, der Zentralverband der Heizer, Zentralverband der Steinarbeiter, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Verband der Fabrikarbeiter, Zentralverband der Dachdecker, Deutscher Holzarbeiterverband, Verband der Steinseher, Deutscher Arbeiterbund, Verband sozialer Baubetriebe, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. An die Reichsregierung wurde folgende Resolution gerichtet:

Die am 1. Februar d. S. im Gewerkschaftshaus zur Beratung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versammelten baugewerblichen Gewerkschaften richten an den Reichstag das dringende Ersuchen, ein Gesetz zur Förderung des Wohnungsbauwesens unverzüglich zu verabschieden, das die Reichsregierung ermächtigt, den Ländern vorzuschauweise 15 Milliarden Mark gegen spätere Verrechnung zur sofortigen Einleitung der Bauaktivität zur Verfügung zu stellen, und das den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit offenläßt, Mittel zur Dedung der verlorenen Baustoffzuschüsse in gleicher Höhe bereitzustellen.

Hiermit ersuchen wir den Reichstag:

1. die Reichsregierung zu verpflichten, durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffwuchers auf dem Verordnungswege zu treffen und zu diesem Zwecke, vorbehaltlich späterer Dedung, Mittel bis zum Betrage von 500 Millionen Mark zu bewilligen;
2. der Reichsregierung Mittel im Betrage bis zu 500 Millionen Mark zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen;
3. die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Finanzierung des Wohnungsbauwesens auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt;

### Rechtsaufmarsch zur Preußenwahl.

Vieles kann der beste Bürger tragen, aber eines liebt er nicht: ängstlich mahnend tollert ihm der Wagen, wenn ein Mensch die Wahrheit spricht.

Seht, schon sammelt sich der Gutgesinnte zu dem altgewohnten Troß, voll Gehorsam schultert er die Mäntel hinter eines Junkers Kopf.

Spekulumhüll die Seele, Speck im Hirne, zeigt er sich monarchentreu. Vor dem Pumpen neigt er fromm die Stirne, hat der Lumpy nur Geld wie Heu.

Glorig leckt er hochgehobene Sohlen, winkt ihm eines Pflennigs Sohn — Gleichheitschwärmer soll der Teufel holen, für die Armut hat er Hohn.

Einen Schritt nach rückwärts gilt's zu wagen, denn gefährlich scheint das nicht; vieles kann der Ehrenmann ertragen, nur die Freiheit liegt ihm nicht.

Stierall.

Der Verstorbenen. (Zu Büdler-Rustaus 50. Todestag am 4. Februar.) Was weiß man heute noch vom Fürsten Hermann v. Büdler-Rustau, der mit seinen „Brieffen eines Verstorbenen“ vor noch nicht 100 Jahren eine internationale Berühmtheit erlangte? Die Schlemmer wissen, daß von ihm eine nach ihm genannte Gispfische erjunden wurde; die Naturerredrer genießen noch immer dankbar die Wunder, die er in seinen unergleichlichen Gartenschöpfungen zu Rustau und Branik geschaffen hat. Aber diese beiden so unendlichen Schöpfungen, die mit dem Namen des Fürsten Büdler für immer verbunden sind, waren doch nur zwei „Rebenprodukte“ in diesem ereignisreichen, langen Leben, das von der „Somme des Ruhmes“ und vielleicht noch mehr von dem Scheinwerfer der Reklame überglänzt war. Wir machen uns heute von der Popularität, die Büdler in der Welt, in der man sich langweilt, „zwischen den Revolutionen“, von 1830—1848, genos, gar keinen Begriff mehr. Sein Name weitete sich dort mit dem Alexander v. Humboldts an Berühmtheit. Dieser Welt- und Lebemann war zugleich ein außerordentlich fruchtbarer Schriftsteller. Aber nur zwei sehr verschiedenartige Werke von ihm sind der Vergessenheit entrissen und auch heute noch in Neubrücken geflossen, jene „Brieffe eines Verstorbenen“, sein Erstlingswerk, das den Ton des nachlässig-vornehmen Salonplauderers in unser Schrifttum brachte, und seine „Andeutungen über Landshaftsgärtnerei“, in denen das eigentliche Genie des „Parfomanen“, sein großzügiges und wundervolles Nachschaffen der Natur im klassischen Landschaftsgarten, zum Ausdruck kam.

4. die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länder dahin einzuwirken, daß die verlorenen Baustoffzuschüsse in erster Linie dem Bau von Wohnungen im Flachbau mit Gärten für die minderbemittelte Bevölkerung zugeführt werden;

5. die Reichsregierung zu ersuchen, unter Ausschaltung des bürokratischen Instanzenwegs für schleunigste Durchführung des diesjährigen Bauprogramms Sorge zu tragen.

Mit besonderem Nachdruck ersuchen wir 6. die Reichsregierung, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft vorsieht.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit in Deutschland eine Höhe erreicht haben, die die Grenzen des Erträglichen übersteigt. Die Bereitstellung von Mitteln für eine großzügige Bautätigkeit dürfe auch nicht eine Woche mehr verzögert werden. Der Mangel eines festfundierten langfristigen Bauprogramms habe das deutsche Volk bereits unzählige Millionen gekostet. Und gleichzeitig hat die mangelhafte Organisation der Bautätigkeit in den Kreisen der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter eine gesteigerte Arbeitslosigkeit erzeugt. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die von der Allgemeinheit aufzubringen Mittel zum Wohnungsbau vor der Auswucherung des Privatkapitals zu schützen sind, was nur möglich ist, wenn das gesamte Bau- und Wohnungswesen in die Gemeinwirtschaft überführt wird.

### Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Das außerordentliche Gericht für den Bezirk Reichsw.-Gruppenkommando 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmidt-Blank hatte gestern gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Bruno Schäfer, zu verhandeln, der wegen Aufforderung von Mannschaften des Heeres zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten angeklagt war. Er soll sich dadurch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung der Aufhebung gegen militärische Vorgesetzte angewandt werden soll. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. — Rechtsanwält Dr. Paul Lepp, Frankfurt a. M., beantragte Freisprechung. — Das Gericht kam zur Freisprechung. Die Verordnung vom 20. Mai habe lediglich konkrete Handlungen der Aufhebung zum Ungehorsam im Auge. Hier handele es sich aber um theoretische Erörterungen über ein Gesetz.

Bekämpfung des Reichslags. Den Reichstagsabgeordneten wurde gestern eine Mannheimer „kommunistische“ Zeitschrift zugesandt, der ihr Herausgeber durch einen besonderen Trieb Beachtung zu schaffen veruchte. In der Spitze ist nämlich ein angeleglicher Brief des Abg. Gen. Oskar Ged abgedruckt, der sich gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei richtet. Dem Genossen Ged ist es monatlich eingefallen, dem Herausgeber jenes Blättchens einen Brief zu schreiben. Es handelt sich um ein Mittelding von Aprilscherz und Sensationstreflage.

Die Reichsregierung hat am Mittwochabend in der Eile den zweiten Abzug der sozialdemokratischen Fraktionserklärung weggeschafft. Im Morgenblatt hat dann E. D. der keine andere Zeitung ließ als eben das „Tagblatt“, noch extra im Beilagenverlag, die sozialdemokratische Erklärung habe die Entlassungsfrage mit keinem Wort berührt. Was darf man von der ausländischen Presse erwarten, wenn die Berichterstattungs-Kampagne schon in Berlin anfängt?

Ein neuer Skizj-Projekt wird vom 21. Februar ab die dritte Strafkammer des Landgerichts I auf voraussichtlich vier Wochen beschlagnahmt. Die Anklage richtet sich gegen acht Personen, darunter Sonnenfeld, Gaier und Sohn, und wirkt den Hauptangeklagten vor, das Vermögen des Reichslags um etwa 1 1/2 Millionen Mark geschädigt zu haben.

Horthy-Ungarn. Die Herren Kandidaten vom Budapest „Wissens“-Hotel, denen Nord-, Ränderrien, Erpressungen zur Last liegen, werden jetzt allgemach aus der Haft entlassen. Gegen sie nach Deutschösterreich geschickten Sozialdemokraten und Kommunisten werden von Horthy-Offizieren Mordkomplote geschmiedet.

### Centraltheater: „Die Postmeisterin“.

Wenn die neue Operette von Reichhart-Jessel wenigstens hielte, was der erste Akt verspricht, so wäre es ein vernünftiger Treffer geworden. Die Charaktere sind mit einer gewissen Feinheit gezeichnet, der historische Untergrund reizt, und bei Jessel, dem Komponisten, spürt man „Schwarzweismadellität“. Aber schon der zweite Akt wälzt sich in allerhöchsten Unmöglichkeit und fadesten Gassenwägen, die auch die Grenzen des Gemeinen nicht scheuen. Die Musik wird immer mehr — „Schwalbenhochzeit“ mit Trompeten, Bassbambardon, großer Trommel, Tintata, dazu etwas Harfe. Der dritte schließt sich nach einem bißchen Berliner Bierhumor dem zweiten würdig an. Historisch-romantischer Fernblick aus der Zeit des Niedergangs Preußens, der schaudern macht — vor der Gegenwart und der Bescheidenheit des Publitums. Der geniale Prinz Louis Ferdinand tritt hier als Frauenjäger und sonstiger Trottel auf. Das ganze könnte mit Stillschweigen übergangen werden, wenn dann nicht die flotten Darsteller um den Lohn ihrer Mühe gebracht würden. Aber eine so knusperige, tabellose Postmeisterin wie die reizende Wally Wessely, ein so fecher Louis Ferdinand wie Gustav Jahrbeck, der allerdings stark miwert, ein so schneller Brozaw wie Camille Hammer, ein Hugo Fischer-Köpfe, auch ein Karl Platen und Edgar Kanisch dürfen nicht übergangen werden, auch die gute musikalische Leitung von Kapellmeister Louis h. m.

Show und die Bulgaren. Der Vorstand des bulgarischen Studentenerneins Rodina bedauert in einer Zuschrift an die Presse die Demonstration der bulgarischen Studenten gegen Shans „Helden“ (im Schillertheater). Die Demonstration war nicht vom Verein aus organisiert. — Trotzdem war sie eine Dummheit, denn Show hat den militärischen Geist verpöten wollen und nicht den bulgarischen. Und schließlich hat er's mit allen zu tun gehabt, besonders mit seinen geliebten Landsleuten, die ihn längst hätten hängen müssen, wenn sie so temperamentvoll wären wie — die bulgarischen Studenten.

Arbeitslose und Produktivität. Der Bund unabhängiger Schulreformer plant neue Vorlesungen, um die Schulprobleme und Acker auf ihre produktive Verlebensbindung zu durcharbeiten. Im Himmelsthat soll wieder im Landwirtsch. Reichsamt eine 14-tägige öffentliche Konferenz „Wirt und Reich“ als produktive und erlebnis-fähiger behandelt. Die Vorträge werden in ein Ausmaß, bestehend aus: Eulhornat Franz Oiler, Schöneberg, Zandstraße Str. 14/15, Buchhändler Dr. Rannich, Steglitz, Robonna-Stein-Str. 19, und Reichsleiter Alexander Müller, Lichtenberg, Frankfurter Allee 202.

Museumsführungen. Am Sonntag, den 6. Februar, 9 1/2, bis 11 Uhr, findet eine Führung im Kaiser-Friedrich-Museum (Deutsche Galerie des 18. bis 18. Jahrhunderts) durch Direktor Demmler und eine Führung im Alten Museum (Antiquarium) durch Dr. Ritter Kott. Eintrittskarten zu 1 M. und Rücklauf; aber spätere Führungen am Eingang der beiden Museen.

Eine Schiller-Stiftung aus Amerika. Der Schiller-Stiftungshaltliche Verein in New York hat der Deutschen Schiller-Stiftung eine halbe Million Mark gespendet.

Reichsrecht. Im Jahre 1921 ist neben dem Briefe von 9 M. in der bekannten Aufmachung im Verlage Hermanns Dillger, Berlin, erschienen.

# Die Not der Berliner Arbeitslosen.

## Ein Appell an die Reichsregierung.

Die Stadtverordnetenversammlung wurde gestern mit der Wohnungslugussteuer noch nicht fertig. Nach einer Erklärung des Magistratsvertreters mußte sie die Vorlage samt dem ganzen Bündel Abänderungsanträge an den Ausschuss zurückverweisen. Dann begannen die lange erwarteten Verhandlungen über besondere Maßnahmen zur Hilfe für die Arbeitslosen. Den Ausgangspunkt hatte ein Antrag der Kommunisten auf Zahlung einer außerordentlichen Beihilfe gebildet. Dazu lagen Anträge der Unabhängigen, der sozialdemokratischen Fraktion und noch einer der Kommunisten vor, die sämtlich forderten, daß die Reichsregierung mit Hergabe von Mitteln eingreift und Arbeit schafft. Daß es wieder zu dem üblichen Krakeel kam, dafür sorgte diesmal der Stadtverordnete Jachow von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auf seine zynische Aeußerung, daß die Anträge wert seien, in einem Ausschuss begraben zu werden, antworteten die Kommunisten begrifflicher Weise mit wütendem Värm. Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion begründete Genosse Prolat unter nachdrücklichster Betonung der Notwendigkeit, das Elend der Arbeitslosen durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu lindern. Alle Anträge wurden einem Ausschuss überwiesen, der gewiß keine „Begräbnis-Kommission“ sein wird.

### Sitzungsbericht.

Die Wahl des Räumers Boeh zum Oberbürgermeister ist, wie bereits gemeldet, von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden; die Einführung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Das Ortsgesetz über den Ersatzbarer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienst an ehrenamtliche Bürger, das der Magistrat in Ausführung des § 30 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin am 19. Januar d. J. vorgelegt hat, wird von den Rednern der Rechten und der Demokraten zum Gegenstand lebhafter Angriffe gemacht. Nach den vom Ausschuss fast einstimmig angenommenen Magistratsvorschlägen sollen die unbeforderten Magistratsmitglieder und der Stadtverordnetenvorsteher monatlich 800 M., die unbeforderten Mitglieder der Bezirksämter 600 M. und die Vorsteher der Bezirksverwaltungen monatlich 400 M. erhalten, ferner Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte für jede Sitzung 10 M. sowie freie Fahrt auf allen Straßenbahnlinien, endlich Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst bis zu 10 M. für die Stunde. Das Ortsgesetz soll für die Zeit ab 1. Oktober 1920 Geltung haben. Die Entschädigung für die Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder wird von Südicke (Dnat.) für viel zu hoch erklärt, die freie Fahrt auf allen Linien von Jabel und Dr. Helmke (Dem.) für durchaus nicht notwendig gehalten. Auch Hallensteden (D. Sp.) hat ähnliche Ausstellungen zu machen. Die Vorlage wird von Freund (U. Soz.) und Bermuth (Soz.) verteidigt, der ausführt, daß die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit heute

unter ganz anderen Verhältnissen

vor sich gehe als früher, daß man heute doch auch aus dem Protokoll stammenden Vertretern die Möglichkeit der Teilnahme an der Verwaltung gewähren müsse, ohne ihnen überproportional große Opfer zuzumuten. Auch Jachow heute gewiß niemand zum Vergnügen auf der Straßenbahn. Der Antrag der Rechten auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird abgelehnt. Die Vorlage gelangt nach den Ausschussanträgen unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge zur Annahme.

In gemeinsamer Sitzung beider städtischen Behörden werden als ordentliche Mitglieder des Wasserbeirats der Provinz Brandenburg und der Stadtgemeinde Berlin Stadtbaurat Hahn und Stadtb. Wäntner, als Stellvertreter Stadtbaurat Krause und Geh. Reg.-Rat Garisch gewählt.

Hierauf geht die Versammlung die Beratung über die Ordnung für eine

### Wohnungslugussteuer

und die 13 dazu eingebrachten Abänderungsanträge fort. Ein Magistratsvertreter legte dar, daß die rechtliche

Zuständigkeit der Wohnungslugussteuer durch das Kommunalabgabengesetz, das lediglich von einer Wertsteuer spreche, nicht erschüttert werde. Auch die zuständigen Minister teilten diese Auffassung. Die Genehmigung der Steuer werde insoweit auf keine Schwierigkeiten stoßen. Die Steuerhöhe seien allerdings vom Minister des Innern in bezug auf ihre Höhe beanstandet worden, eine Ermäßigung auf die Hälfte wäre vielleicht für Wohnungen bis zu 5 und 6 Zimmern in Aussicht zu nehmen. Um den Wünschen bezüglich der Schonung der Kleinwohnungen entgegenzukommen, sollte der Antrag der Demokraten angenommen werden, der für Wohnräume, die nach dem 1. Juli 1917 errichtet sind, und für Kleinwohnungsbauten keine Zuguster erheben will.

Stadtb. Paul Hirsch (Soz.) beantragt angesichts der Schwierigkeiten der Materie und der Menge der vorliegenden Anträge die Zurückweisung an den Ausschuss.

Die Versammlung beschließt demgemäß mit großer Mehrheit.

Es wird nunmehr der am 6. Januar 1921 eingebrachte Dringlichkeitsantrag der Kommunisten Göbel, Dörr und Genossen beraten, bis zur Regelung der Unterstützungssätze an die Arbeitslosen den Magistrat zu beauftragen, den Arbeitslosen mit unterhaltspflichtigen Angehörigen 500, den anderen Erwerbslosen 300 M. als einmalige Beihilfe sofort zu zahlen und die bestehenden Unterstützungssätze zu verdoppeln. Eine Magistratsvorlage vom 15. Januar fordert einen Kredit von 1 Million Mark zur Weiterführung des Betriebes „Versorgung der Erwerbslosen mit billiger Kleidung und Schuhwerk“ auf Abzahlung.

Den Antrag Göbel begründet Ostrowski (Komm.) mit einer von der Rechten mit andauerndem Widerspruch und lebhaften Zurufen begleiteten detaillierten Schilderung des Elends der Arbeitslosen, der er das Schlemmerdasein der Besitzenden gegenüberstellt. Die heutigen Arbeitslosen seien nicht mehr wie früher die industrielle Reservearmee, sie seien ananciert zu Totengräbern des Kapitalismus. Der Erwerbslose müsse mit dem

### Ergebnisminimum unterstellt

werden. Die Arbeitslosigkeit sei der deutlichste Ausdruck des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaft. (Die Behauptung des Redners, daß in Berlin die Zahl der Arbeitslosen eine Million, die der Kurzarbeiter 2 Millionen betrage, wird von der großen Mehrheit der Versammlung mit Kopfschütteln aufgenommen.) In Erweiterung des Antrages vom 6. Januar beantragen die Kommunisten ferner die Gewährung freien Brennstoffes, freier Kleidung, Lebensmittel, Heilbehandlung, Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe des Arbeitslohnes, freie Fahrt zum Arbeitsnachweis usw. (Wachsender Widerspruch und Gelächter auf der Rechten.) Endlich soll der Magistrat bei der Reichsregierung die Aufwendung von 10 Milliarden zur Fortführung der Notstandsarbeiten beantragen.

Baeth (Dnat., Tischlermeister) führt aus, was speziell in der Holzindustrie im Interesse der Arbeitslosen getan worden ist. Man habe aber erleben müssen, daß sie auf dem Arbeitsnachweis Arbeit anzunehmen ablehnten, weil ihnen der Tariflohn von 6 M. die Stunde zu wenig war. (Hört, hört!) Aus demselben Grunde seien Siedlungsbauten unvollendet geblieben. Die Streckung der Arbeit stehe als größtes Hindernis der produktiven Erwerbslosenfürsorge entgegen.

Rosemann (U. Soz.) erklärt sich für den Urontrag der Kommunisten, auch für ihren Antrag betr. Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen, wünscht für die heute von den Antragsstellern angeregten Erweiterungen Ausschussberatung und empfiehlt dann den Antrag Wehl, einen ständigen Ausschuss einzusetzen, der mit den in Frage kommenden bereits bestehenden Deputationen die produktive Erwerbslosenfürsorge in jeder Weise durchführt; dieser Ausschuss hat einen Unterausschuss zu wählen, der mit Unterstützung des Magistrats sofort bei der Regierung vorstellig wird, um von dieser die

### Bereitstellung größerer Mittel

eventuell darlehensweise zu fordern, um zu ermöglichen: 1. Fertigstellung aller stillgelegten Arbeiten, 2. Inangriffnahme von Siedlungs- und Kleinwohnungsbauten, 3. kommunale Fabrikation von Kleidern, Wäsche, Schuhwerk, kommunale Schuhreparaturwerkstätten, 4. Ausbau von Fernkraftwerken, 5. Umbau der Gasanstalten zu Kokerien, 6. Fernheizungsanlagen. Von mehreren Seiten ist Ausschussberatung der ganzen Angelegenheit beantragt.

Jachow (Wirtsch. Vag.) hält die Anträge zwar für wert, in einem Ausschuss begraben zu werden (Anruhe links), bittet aber, ihn und die anderen gemeldeten Redner noch zu hören.

Dörr (Komm.) protestiert gegen diese Begrüßung der Arbeitslosen, denen man nicht Steine, sondern Brot bieten müsse.

Nach Ablehnung eines Schlussantrages wird zunächst in der Beratung fortgefahren.

Stadtrat Weise gibt Aufschluß über die Ergebnisse des Betriebes „Versorgung von Erwerbslosen usw.“ und teilt mit, daß der Magistrat neuerdings alles aufgeben hat, um

### die Reichsregierung

zu einer Aktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Die Reichsregierung habe die Notwendigkeit einer solchen Aktion ebenso wie die der Erhöhung des täglichen Lohnes von 10 M. anerkannt. Die heute von Ostrowski erhobenen weiteren Forderungen müßten genauer geprüft werden.

Als Jachow das Wort erhält, ertönen von den Kommunisten Rufe: Jachow raus! Unerhört von dem Kerl! Ganz unverschämter Patron! Vorsteher Dr. Wehl ruft die Zwischenrufer zur Ordnung. Die Kommunisten setzen ihre Zwischenrufe und Unterbrechungen fort, so daß von dem Redner nicht viel verstanden wird. Er hält die Erörterung dieses so weitgehenden Themas im Plenum für unfruchtbar; ein Teil der Anträge bedürfe der Ausschussberatung, ein anderer Teil sei tatsächlich wert, in einem Ausschuss begraben zu werden. (Neue stürmische Unterbrechungen bei den Kommunisten; der Vorsteher ermahnt den Redner, so verlegende und beleidigende Ausdrücke zu vermeiden.)

Prolat (Soz.): Die Not der Arbeitslosen ist in Berlin aufs höchste gestiegen; Berlin zählt 107 000 Arbeitslose. Man soll diese in solcher Not Befindlichen nicht zur Verzweiflung treiben. Arbeitsgelegenheit für eine gewisse Zeit, also mögliche Streckung der Arbeit ist durchaus notwendig. Der Standpunkt, die Arbeitszeit auf 4 Stunden zu bemessen und 70 Proz. des Arbeitslohnes zu zahlen, wird von der Gewerkschaftskommission als richtig betrachtet. Ein Skandal ist es, wenn zu einer Zeit dieser fürchterlichen Not

### ein Pressevergnügen

in Berlin stattfindet, wo ein solcher Luxus und eine solche Verschwendung getrieben worden ist. Der Antrag Göbel ist für Berliner Verhältnisse eine Unmöglichkeit; er würde 45 Millionen kosten (Widerpruch der Komm.). Arbeitsmöglichkeit wollen wir schaffen und beantragen eine entsprechende Änderung des Antrages Göbel; im übrigen ist für die ganze Frage Ausschussberatung unumgänglich.

Stadtrat Brühl erinnert an die bereits am 23. Dezember 1920 einstimmig gefassten Beschlüsse und fordert die Versammlung auf, sich einhellig hinter die heute von ihr im Interesse der Arbeitslosen zu erhebenden Forderungen zu stellen. Auf das Tausend Einwohner kämen zurzeit schon 41,9 Erwerbslose in Berlin. Reichs- und Staatsbehörden müßten endlich ihrer Verpflichtung gegen Berlin sich bewußt werden.

Hallensteden (D. Sp.) bedauert lebhaft, daß diese uferlose Debatte stundenlang fortgesetzt wird, obwohl die großen Parteien über Ausschussberatung einig seien.

### Ein Schlussantrag

wird jetzt angenommen. Das Schlusswort erhält um 1/10 Uhr Ostrowski, der mit gewaltigem Stimmaufwand gegen Jachow zu Felde zieht und diesem zu Gemüte führt, was ihm geblüht hätte, wenn die Tribüne jetzt nicht „mit gedämpfter Trommel Klara“ besetzt würde. Und so etwas wage noch Volksvertreter zu sein! — Von einer Ausschussberatung ver spricht er sich absolut nichts.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Mit 59 gegen 58 Stimmen wird die Verweisung sämtlicher Anträge an einen Ausschuss beschlossen.

Nachdem noch u. a. 5 1/2 Millionen Mark an Mehrkosten für die Herstellung neuer Linien der ehemaligen Straßenbahn der Stadt Ost-Berlin nachbewilligt sind und der Umwandlung des Friedhofs in der Seestraße in einen Urnenhain zugestimmt worden ist, schließt die Sitzung nach 1/10 Uhr.

## Die Milchnot.

### Bedrohliches Nachlassen der Küchenabfallsammlung.

Vom Milchamt der Stadt Berlin, Abteilung Bewertung der Küchenabfälle, wird zurzeit Klage geführt, daß die Sammlung der Küchenabfälle in letzter Zeit bedenklich nachgelassen hat. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß, wenn nicht in Zukunft erneut die Sammlung intensiv erfolgt, die Milchversorgung der Stadt für die Kranken und Kinder in Gefahr gebracht wird.

## Schweres Blut.

Roman von Juhani Uho.

29) „Das tue ich nicht. Ich habe gar keine Lust, mich mit dem in Streit einzulassen. Geh du nur zurück und schmeichle ihm, wenn er aufwacht. Das ist das Beste für dich. So haben's die anderen auch gemacht.“

„Aber ich tue es nicht!“

„Es wäre doch am besten, du tätest es.“

Der Alte ruderte weg. Marja ging in den Hof zurück.

„Marja! Klang es aus der Hütte. „Marketta! Wo bist du? Komm! Komm doch, kleine Marja!“

Die Stimme war schmeichelnd, lockend, wie wenn einer seinen Hund ruft. Marja rührte sich nicht von dem Fleck, wo sie saß. Nach kurzer Zeit erschien Schemieffa in der Tür.

„Na, weshalb kommst du nicht! Komm nun! Wo warst du denn hingegangen? Wo bist du gewesen?“

Marja antwortete nicht. Als Schemieffa auf sie zukam, stand sie auf. Schemieffa griff nach ihr.

„Laß mich in Ruhe!“ schrie Marja.

Schemieffa griff wieder nach ihr, aber da stieß Marja ihn zurück, daß er schwankte.

„Wa—was soll denn das heißen?“ erzürnte sich Schemieffa und sah sie bei den Handgelenken.

„Ich habe alles gehört, was ihr gesprochen habt! Laß mich los! Du hast alle Sommer ein neues Mädchen hier gehabt!“

„Hast du vielleicht geglaubt, du wärest die erste?“

„Und nächsten Sommer bringst du wieder ein neues?“

„Glaubst du vielleicht, du wärest die letzte?“

„Warum wurde ich überhaupt hierher gebracht?“

„Ich dich gebracht? Hast du nicht selbst gewollt? Bist du mir nicht in die Arme gelaufen?“

Marjas Trost zerbrach. Schemieffa ließ ihre Hände fahren, und sie sank auf einen Stein.

„Was soll jetzt hier aus mir werden?“ weinte sie.

„Meine Mutter wird dich ebenso gut aufnehmen, wie sie alle anderen aufgenommen hat.“

„Ich gehe nie dahin, wo deine früheren sind,“ sagte Marja auffachselnd.

„Dann hilft wohl nichts, als daß ich dich nach Hause fahren lasse.“

„Und Juhani soll ich dein Kind als Geschenk mitbringen?“

„Ist es so?“

„Ja!“

Schemieffa grinste.

„Du sagst, es wäre von ihm.“

„Das kann ich nicht sagen.“

„Weshalb nicht?“

„Weil ich es nicht kann!“ sagte Marja immer erregter.

„Dann sag, daß es von mir ist. Vielleicht freut er sich sehr darüber. Ich schenke es ihm.“

„Du gibst ihm dein Kind?“

„Ich habe auch für andere welche, und habe auch schon welche weggegeben. Habe auch eins und das andere mit seiner Mutter weggegeben.“ — „Geh nicht, Marja! Ich meine es ja nicht ernst. Du brauchst ja nicht zu gehen, wenn du nicht willst. Ich mache dich auch zu einer Wirtin, wenn es sich trifft. Schiel nur nicht so, als ob du beissen wolltest. Komm her, Marja, ich werde schon einen Mann aus deinem Kind machen, wenn es ein Junge ist. Mag er dort unter den anderen herumlaufen — dort sind Höfe genug. Tu nicht so, laß uns Freunde sein, kümmer dich nicht, Marja, höre, du bist mir besser als jede andere — besser, hübscher als je.“

Er näherte sich ihr mit süßen, noch müden Augen, trüber Stirn, vom Kaufsche roten Lippen. Bobel Marja zuerst zurückwich, dann stehen blieb.

„Rich lirst du nicht noch einmal mit dem Pied! Rein, du Schlenkerbein, du sollst nicht noch einmal probieren, daß ich dich zu Tode drücke — und mein Kind wirst du nicht in deine Herde führen, du Boz. Laß mich in Ruhe.“

„Sei böse, Marja, sei noch ein bißchen böse, du bist um so hübscher, je wütender du bist.“

Da, indem Marja sich erinnerte gehört zu haben, daß man einen Angreiferden in die Heragrube stoßen müsse — schrie Schemieffa auf und stuchte, Marja fiel rücklings hin und wurde ohnmächtig.

10.

Juhani kann nicht, kann nicht immer in dem Glauben leben, daß Marja gern gegangen sei. Er glaubt es, wenn er am Tage arbeitet und schuftet, bald auf den Aekern, bald auf der Schwende, bald auf dem neuen Wiesenland, wenn er schuftet, daß es ihn selbst verwundert, was er fertig bringt. Aber dann geht seine Kraft zu Ende, er wird der Arbeit überdrüssig, mag tagelang nichts davon sehen, weil der gefällte Baum, der umgewälzte Stein da im Joru auf Marja gefällt und umge-

wälzt ist. Da wechselt er den Arbeitsplatz, macht sich an etwas anderes — glaubt und glaubt nicht. Gewiß ist es wahr, da Kaisa er gesehen hat und da Marja gedroht hatte; und gewiß hätte er sie nicht mit Gewalt in das Boot bekommen, ohne daß es umgefallen wäre. Und da sie unfreundlich gegen mich war. Aber dann: wie sehr sie mich auch gehaßt hat, konnte denn ein so verständiger Mensch mit vollem Bewußtsein einen Hof verlassen, der ihm gehörte, für ihn gebaut war, sein eigenes Heim, das er selbst mit geschaffen hatte, und ins Ungewisse mit einem Fremden, einem Feind, dem Erbfeind davongehen? Wie konnte sie so unklug sein? Sie konnte nicht gern gegangen sein, sie war trotzdem mit Gewalt weggeschleppt worden.

Aber sie konnte ja gegangen sein, konnte im Aerger gegangen sein, konnte vergaubert gewesen sein, hat es aber bereut, hat es sicher schon unten an der Stromschnelle bereut, hat aber nicht mehr entfliehen können. Wenn sie auch zuerst gern gegangen war, dann hatte er sie mit Gewalt weitergeschleppt. Sie wird noch zurückkommen, wird sich irgendwie banonmachen. Solange es nicht friert, kommt sie wegen der großen Seen und Schnellen nicht fort. Sie mögen es mit ihr gemacht haben wie früher in den Kriegsjahren oft mit den gefangenen Fortgeschleppten: haben sie mit verbundenen Augen lange Strecken geführt. Im Winter aber wirft sie sich auf die Schneeschuhe. Läuft immer geradeaus gegen Sonnenuntergang. Oder vielleicht hat sie schon im Sommer verlußt zu entkommen, hat sich aber verirrt und ist ermattet und ver-schmachtet. Oder sie haben sie mit ihren Hunden verfolgt und eingefangen.

Oder sie ist gar nicht weggegangen. Wenn es ihr dort in ihrer Heimat gefällt. Dort mag es ihr wohl gefallen, und sie hat keine Lust wieder heimzukommen. Hier hat sie es ja auch nicht gut gehabt. Vergnüglich ist es ja hier nicht für sie gewesen. Erst wenn ein Fremder kam, fing sie an zu singen und zu lachen und leicht umherzugehen.

Wieder packte Juhani die Arbeitswut; er stieg auf den Hügel und schlug Bäume um wie Weidengebüsch. Von dem Hügel sah er die grenzenlosen Einsiden, hier und dort einen Berggründen des fremden Landes. Dahinter ist sie in irgend-einem Gehöft des anderen, geht auf den Höfen des anderen umher. Ob sie nun geru mit ihm gezogen oder mit Gewalt entführt worden ist — dort ist sie. Aber wo?

(Fortf. folgt.)

Bisher war es möglich, die zur Erhaltung unserer Milchbestände erforderlichen Futtermengen zum größten Teil durch die Erfindung der Küchenabfälle und Speisereste aufzubringen und auf diese Weise den Milchpreis auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Durch das Nachlassen dieser Sammelstätigkeit sind die Kuhhalter heute hauptsächlich auf den Kauf von Futtermitteln zu teuren Preisen angewiesen. Außerdem wird seit einiger Zeit, besonders in Bichtenberg, ein schwunghafter Handel mit Kartoffel- und Schalen getrieben, indem die Händler diese Abfälle gegen Brennholz eintauschen und dann wieder zu hohen Preisen verkaufen. Durch diesen Zwischenhandel tritt natürlich eine erhebliche Verteuerung der bisher unentgeltlich zur Verfügung gestellten Futtermengen ein, außerdem werden die Abfälle auch zu einem großen Teil an Schweinemäster und sogar nach außerhalb verkauft und so den hierfür in erster Linie in Betracht kommenden Berliner Milchleuten entzogen.

In Anbetracht der Tatsache, daß es bereits heute den wirtschaftlich schwachen Leuten der Bevölkerung nur schwer möglich ist, die Milch für die Kinder zu beschaffen, muß gegen eine weitere Verteuerung, die sich aus den angeführten Umständen als unausbleibliche Folge ergibt, mit allen Mitteln angeknüpft werden. Die Bevölkerung muß sich darüber klar sein, daß die Abfälle lediglich den Kühen als billiges Milchleistungsfutter zugute kommen, und daß nicht, wie viele glauben, den Rolkereibesitzern damit ein Gefallen erwiesen wird.

Nur durch die weitere unentgeltliche Abgabe der in nicht verunreinigtem Zustande an die Sammelbehälter abgeführten Küchenabfälle ist es möglich, den Milchpreis auch in Zukunft annähernd in der bisherigen Höhe zu halten.

### Die Zuteilung der Stadtverordneten

beschäftigte gestern erneut den zur Prüfung dieser Frage eingehenden ständigen Stadtverordneten-Ausschuss unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Schulz (N.S.P.). Zur Beratung stand zunächst der Fall der Stadtverordneten Frau Kiemer in Schöneberg, die, nachdem sie bereits gemäß ihrem Wohnsitz der Bezirksversammlung II zugeteilt worden war, nachträglich, um die Mehrheit in dieser Bezirksversammlung zu bewahren, der Bezirksversammlung Charlottenburg durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zugeteilt wurde. Der Oberpräsident hat, wie berichtet, den Magistrat angewiesen, diesen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, als dem Gesetz Groß-Berlin widersprechend, zu beanstanden, und der Magistrat hat die Beanstandung ausgesprochen. Im Stadtverordneten-Ausschuss entstand die Frage, ob die Stadtverordnetenversammlung gegen die Beanstandung des Magistrats Klage beim Oberverwaltungsgericht anstrengen sollte. Nach eingehender Aussprache beschloß der Ausschuss mit 6 gegen 6 Stimmen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, von der Erhebung einer solchen Klage abzusehen, da sie öftig ausbleibe. — Der zweite Fall war die Zuteilung des Stadtverordneten Busch, der in Berlin-Tiergarten wohnt, aber auf seinen Wunsch dem Bezirk 20 (Reinickendorf) zugeteilt worden ist, wo er lange Jahre Gemeindevorsteher gewesen ist. Die Bezirksversammlung 20 hat gegen diese Zuteilung Einspruch erhoben. Der Ausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bezirksversammlung nicht berechtigt sei, einen solchen Einspruch zu erheben, weil das hierfür zuständige Bezirksamt noch nicht gebildet ist.

Im Anschluß an die Bestätigung des Ortsrates über die Zusammenlegung der Bezirke wurde der Oberpräsident den Magistrat ersucht, ihm die Wahlhandlungen über die Wahl der Bezirksbürgermeister und der befohlenen Bezirksamtsmitglieder zur Entscheidung über die Bestätigung der Gewählten rechtzeitig einzureichen.

### Neue Wahlvorschläge in Potsdam II.

Der Wahlausschuss des Wahlkreises 3 (Potsdam II) tagte am Donnerstag vormittag im Stadthaus zu Wilmsdorf, um zu den eingelaufenen Wahlvorschlägen Stellung zu nehmen. Sämtliche eingereichten 9 Wahlvorschläge wurden für gültig erklärt.

Die Reihenfolge der Vorschläge wurde nach dem Eingang beim Kreiswahlleiter bestimmt. Folgende Wahlvorschläge wurden zugelassen:

1. Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, 10 Kandidaten, beginnend mit Wolf Hoffmann.
2. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 9 Kandidaten, beginnend mit Klausner.
3. Deutsche Demokratische Partei, 8 Kandidaten, beginnend mit Kantionschaerndener Otto.
4. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S.P.D., 15 Kandidaten, beginnend mit Franz Krüger.
5. Deutsche Volkspartei, 15 Kandidaten, beginnend mit Professor Seidig.
6. Deutschnationale Volkspartei, 16 Kandidaten, beginnend mit W. Reinhardt.
7. Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, 18 Kandidaten, beginnend mit Baumermeister Dremig.
8. Zentrumspartei, 9 Kandidaten, beginnend mit Kaufmann Fahbander.
9. Vereinigte Niedersachsisch-Landespartei (Weifen), 2 Kandidaten, beginnend mit Kaufmann Conrad.

### Der Raubmord in Potsdam.

#### Beobachtung der mutmaßlichen Täter.

Wie weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß als Täter für das Kapitalverbrechen an der 58 Jahre alten Heiliggeistin Auguste Beck aus der Schwertfegerstr. 12 zu Potsdam zwei Männer in Frage kommen, von denen der eine ziemlich genau beschrieben werden kann. Es sind Zeugen ermittelt worden, die gegen 1 Uhr, also um die Zeit, in der das Verbrechen ausgeführt worden zu sein scheint, einen Mann gesehen haben, der vor dem Hause Schwertfegerstr. 10 auf und ab gegangen ist und fortwährend nach der Wohnung der Ermordeten hinaufgesehen hat.

Blahlich öffnete sich dann auch ein Fenster, aus dem ein zweiter Mann hinaus sah und den Untertendenenden zumachte. Auf dies Zeichen hin begab sich dann auch der andere in das Haus und wahrscheinlich auch in die Becksche Wohnung hinein. Dieser Mann ist etwa 30 bis 33 Jahre alt und 1,72 Meter groß, kräftig und breitschulterig, hatte einen kleinen dunklen gestulzten Schnurrbart und trug einen kurzen dunklen Leberzieher, velleicht aber auch eine bis zur Knie reichende Joppe, einen kleinen braunen Westrock, einen dunklen weichen Hut, dunkelgelbe Lederhandschuhe und an den Anken ziemlich weiße Hosen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese beiden Männer die Täter sind. Wer über sie noch weitere Angaben machen kann, wird unter Hinweis auf die ausstehende Belohnung von 5000 Mark ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Fichtemann bei der Kriminalpolizei in Potsdam oder bei den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Danger im Zimmer 190a des Berliner Volkspolizeidirektors zu melden.

#### Die Obduktion der Leiche.

Die Leiche der Ermordeten wurde gestern von dem zuständigen Kreisarzt im Beisein des Amtsgerichtsrats von Oberberg und des Kriminalkommissars Fichtemann obduziert. Die Leichenöffnung ergab, daß der Tod wahrscheinlich durch Erstickung eingetreten sei. Weitere Verletzungen wurden an der Leiche nicht gefunden. Am Ruhkopf zeigt sich eine Druckstelle, die wahrscheinlich davon herrührt, daß der Täter seinem Opfer mit dem Daumen die Luftzufuhr abgeschnitten hat. Ebenso weist die rechte Halsseite eine Druckstelle und eine Hautabblasung auf. Danach hat der Mörder das Taschentuch so lange um den Hals der Heiliggeistin gepreßt, bis diese tot zusammen sank.

### Ein Jahr unerschuldigt in Untersuchungshaft.

Die Verhaftung des Schuhmachers Goppner durch Einbrecher, die in der Nacht zum 14. Februar 1920 in seinen Friedenstr. 53 belegenen Laden gedungen waren, beschäftigte an zwei bis zum späten Abend sich hinziehenden Sungen das Schwurgericht des Landgerichts I. Die Sache hat schon einmal die Strafammer an zwei Sitzungstagen beschäftigt und wurde, da Tatbestand in Frage kam, an das Schwurgericht verwiesen.

Der Schuhmachermeister Goppner wurde in der Nacht zum 14. Februar in seinem Laden, den er nachts zum Zwecke der Bewachung bewohnte, durch einen durch die Scheibe des Ladens abgegebenen Pistolenschuß getötet. Unmittelbar nach dem Schuß kam eine Streife der Sicherheitspolizei vorbei, bemerkte die Scherben der Ladenruhlscheibe und es wurde ihr von einer Hausbewohnerin aus dem Fenster zugerufen, daß Herr Goppner ja in dem Laden sein müsse, sich aber offenbar nach andere Personen darin befänden. Der Führer der Patrouille forderte diese zweimal auf, herauszukommen und besetzte die Ladenruhlscheibe und die Eingänge der ersten Nebenruhlscheibe. Die Täter fanden aber doch Gelegenheit, zu entkommen. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich aus verschiedenen Gründen gegen den Kutcher Herbert Saarmann, den Arbeiter Johannes Litfin und den Händler Frh. Warenberg, die nun nach fast einjähriger Untersuchungshaft vor dem Schwurgericht standen.

Die Geschwornen verneinten auf Antrag der Rechtsanwält Dr. Ball und Heinrich Schroeder die Schuldfragen. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Der Antrag der Verteidiger, den Angeklagten eine Entschädigung für unerschuldigt erlittene Untersuchungshaft zuzubilligen, wurde späterer Entscheidung vorbehalten.

### Mangelnde „geistige Kost“.

Im Ruchthaus zu Brandenburg war wieder ein Ausbruch geplant worden. Die Sträflinge hatten noch und noch die Eisenstäbe der Fenster zerlast. Gestern gelang es sechs Anlässen den Weg ins Freie zu finden. In Straflingskleidern, ohne Kopfbedeckung durchzogen die Hanklinge die Straßen Brandenburg. Auf dem Marienberg und in Priesow wurden fünf wieder eingefangen, der sechste ist entkommen. Das eigenartige ist, daß als Grund der Unzufriedenheit die Strafgelangenheit diesmal weniger über die schlechte leibliche Kost als über die „entzogene geistige Kost“ klagten.

Es wäre allerdings sehr erntamlich, wenn man in dieser Anstalt damit begonnen hätte, den Straflingen die geistige Nährung zu entsenden. For allem heat die Angelegenheit der schleunigen Untersuchung durch das Justizministerium.

### Im Herbst Ordnung in der Friedrichstraße.

Die Friedrichstraße, die lange Jahre hindurch durch die Bauzune und den Holzschlag der Bauarbeitenabdeckung für den Untergrundbau der Sudtischen Nord-Südbahn ein Bild der Unordnung bot, wird nun allmählich wieder in ihren früheren Zustand einer laubenden Straße verlegt. Natürlich muß sich, bevor die Straße asphaltiert werden kann, der Ueberflutboden genügend gesetzt haben, dies erfordert zunächst die Anbringung eines vorläufigen Pflasters, das erst später durch die Beton- und Asphaltdecke ersetzt werden kann. Immerhin kann schon jetzt geant werden, daß die mittlere Friedrichstraße im Herbst d. J. von allen Pflanzungen befreit sein wird und damit dem heutigen Zustande ein Ende bereitet ist.

### Der Film als Mittel der Bildung.

Die vom Bund entschiedener Schulreformer zusammen mit der Film-Arbeitsgemeinschaft Berliner Lehrer am Mittwoch veranstaltete Erörterung des Themas „Film und Volksbildung“ lief an Länge nichts zu wünschen übrig. Den ersten Teil der funfundeneinhalbstundigen „Sitzung“, die Vorführung von Proben der von der Unterjuni-Film-Aktionsgemeinschaft durch ihre Kulturabteilung geschaffenen Lehrfilme, kann man als gelungen bezeichnen. Das Publikum, das den Kinosaal der „Kammerlichtspiele“ am Potsdamer Platz bis auf den letzten Platz füllte, gehörte zum geringeren Teil der Lehrerschaft an, zum weitaus größeren bestand es aus Schaulustigen aller Altersklassen. Wie Darstellungen aus Zoologie, Geographie, Landwirtschaft, Chemie, Volkswirtschaft, Sport, die den Film in seiner Vielseitigkeit der belehrenden Möglichkeiten zeigen sollten, fanden willige Aufnahme, und manche ernteten so lehrreichen Beifall, wie man ihn in Kinos bei ihrem längst abgestumpften Publikum kaum noch kennt. Zu der sich anschließenden Besprechung, die im Konferenzsaal stattfand, trat ein kleinerer, aber immer noch sehr stattlicher Kreis hauptsächlich von Lehrern und Lehrerinnen sowie von Film- und Kinointeressenten zusammen. Mindestens unter den Vorgangenen herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Wünsche des Kinos nur durch Darbietung von Besseren erfolgreich bekämpft werden können und daß im Schulunterricht der Film den bisherigen Lehrstoff als wertvolle Ergänzung eingefügt werden muß. Die breite Debatte erstreckte sich vorwiegend auf diese letzteren Fragen, die andere Frage der Verwendung des Films für die Volksbildung wurde leider nur wenig berührt. Angenommen wurde eine Erklärung, die an die Reichsregierung die Bitte richtet, das Lichtspielgesetz dahin zu ändern, daß die nur für Erwachsene zugelassenen Filme auch Jugendlichen vorgeführt werden dürfen, wenn das im Auftrag oder mit Einverständnis des Lehrerkollegiums einer uffentlichen Lehranstalt geschehen soll.

Bestellungen auf ausländische Zigaretten, wie sie vielfach auch in Zeitungsanzeigen angeboten werden, sind verboten. Ihre Einfuhr ist verboten und der Besteller, zumal wenn er den Betrag vorher einsetzt, läuft Gefahr, daß die Sendung ihm durch die Grenzpostamter ohne Entschädigung beschlagnahmt wird.

Das erste Erholungsheim für Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter der Stadtgemeinde Berlin zu Alexissbad im Park ist nunmehr in Gegenwart des zuständigen Magistratsdeputierten Stadtrat Venede sowie des Stadtratsvorsitzenden den Vertretern der beteiligten Verbände durch eine Ansprache des Vargemeindefuhrers übergeben worden. Der schonien Feller, die durch Schulergang der Kinder von Horgerode eingeleitet wurde, wohnt in die Vertreter der Horgerodernden Volkenstedt und Horgerode bei, woran sich eine Fahrung durch die Anlagen und Annehmlichkeiten des seit 1810 bestehenden Eisen- und Raorbades schloß. Die Stadtgemeinde hat für den Anlauf den Betrag von Funfbiertel Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Um alle Unfallbeschadigten Groß-Versich. Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, große öffentliche Versammlung in Voelkers Kellerei, Weberstr. 17, veranstaltet von der Vereinigung der Unfallbeschadigten. Bericht der Kommission. Freie Aussprache. Bericht über die Stadtverordnetenversammlung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Panische Garten in Zehlendorf am Sonntag, den 6. Februar, von 11 bis 4 Uhr für den allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Ristoria-Bersichtete. Am Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, findet im Saal des Jendrichshofes für den Oten, Richtenberg und Stralau eine von den entlassenen Einwohnern einberufene öffentliche Versammlung der Verscherten statt, in welcher das Thema: „Was geht bei der Victoria vor?“ behandelt werden soll.

Konowes. Gemeindevertretung. Der erhebliche Geldbedarf der Gemeinde macht erforderlich, daß gem  30 und 31 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 und der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 23. Mai 1920 der nach  20 des Reichssteuergesetzes steuerfreie Einkommensteil der in der Gemeinde wohnenden Einkommensteuerpflichtigen zur gemeinsamen Besteuerung herangezogen werden muß. Die Erhebung dieser Steuer

ist aber auch aus dem Grunde nötig, um der Gemeinde ein Anrecht an dem vorgegebenen staatlichen Ausgleichsfonds für leistungsschwache Gemeinden zu sichern. Der Gemeindevorstand will in seiner Vorlage die Erhebung der Steuer eintreten lassen: a) bei den ledigen Personen von 6000 M. ab, b) bei kinderlos Verheirateten von 12 000 M. ab und c) bei Verheirateten mit Kindern von 15 000 M. ab. Der Finanzauschuss geht noch über diese Beträge hinaus, und zwar zu a) 15 000 M., b) 20 000 M. und c) 25 000 M. Die Vertretung stimmte der Steuerordnung mit der letzten Wandlung zu. — Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag zum Ortsrat über die Brauchwasserkanalisation. Danach soll die Kanalisationsgebuhr noch dem Wasserverbrauch des vorhergehenden Kalenderjahres berechnet werden. Die Höhe der zu entrichtenden Gebühr wird für jedes Rechnungsjahr durch Gemeindevorstand festgelegt. Für jedes Grundstück mit industriellen Gewerbebetrieben wird diese Gebühr besonders bestimmt. — Durch Gemeindevorstand vom 10. November 1920 wurden die Schulgebuhre für die höheren Lehranstalten auf 500—650 M. für Einheimische und 750—1000 M. für Auswärtige festgelegt. Die Erhöhung fand nicht die Genehmigung der zuständigen Schulaufsichtsbehoe, da nach den ministeriellen Bestimmungen die Erhöhung nur bis zu 500 M. für Einheimische und ein Zuschlag von 20 Proz. für auswärtige Kinder erhoben werden darf. Dementsprechend beschloß die Vertretung die Erhöhung des Schulgebuhres auf 500 bzw. 600 M. mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1920. — Mit der Abgabe von Schreibheften an unsere Schulkinder durch die Gemeinde wurden gute Erfolge erzielt; der Finanzauschuss empfiehlt daher Fortsetzung der Schulen auch mit Reichensmaterial und aus diesem Grunde die Erhöhung des Vorkurses von 50 000 M. auf 80 000 M. Dem wurde gegen die Stimmen der Neutralisierungsgegner, die sich jedwells so kurz vor der Wahl beim Mittelstand nicht in Ungnade setzen wollten, zugestimmt.

Der Rechtsanwaltsverband der Vorbezirke bittet um in Bezug auf die Verhaftung des Sanditus und früheren Rechtsanwalts Simon um Verhaltung folgender Art: „Der Rechtsanwaltsverband der Vorbezirke Deutschlands, Sitz Berlin, in Berlin, Bundesstr. 44, ist wieder mit dem in dem betreffenden Briefe genannten „Bund der Vorbezirke“ noch mit dem Reichsverband der Vorbezirke und Angestellten, dessen früherer Sanditus der rechtsberufte Simon war, identisch und unterhält auch keine Beziehungen zu diesen Verbänden.“

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### öffentliche Wahlerversammlung

Nieder-Schönhausen: Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Tunk, Nordend, Kaiser-Wilhelm-Str. Referent: Simon Kayenstein, M. D. R.

#### Heute, Freitag, den 4. Februar:

- Kreis 3 (Wedding) 8 1/2 Uhr bei Reelin, Poststr. 60. Sitzung des Vorstandes mit dem Abteilungsleiter.
- Kreis 6 (Schlesische Tor). Erweiterte Vorstandssitzung füllt aus, 12 1/2—13 1/2 Uhr. Arbeitsgruppe Genuß. 7 Uhr im Restaurant Engel wichtige Zusammenkunft der Mitglieder.
- Schönhausen, Nachmittags 3 1/2 Uhr. Nachmittags für alle Genossen, die heraufgehen nicht zum Jubiläum kommen können, im Lokal von Bernick, Frh. Reuter-Str. 1. Vortrag des Genossen Bartsch. 8 1/2 Uhr im Lokal von Bernick, Frh. Reuter-Str. 1. Vortrag des Genossen Bartsch. 8 1/2 Uhr im Lokal von Bernick, Frh. Reuter-Str. 1. Vortrag des Genossen Bartsch.
- Jungfernstr. Gruppe Soden: 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3. Vortrag über „Die Forderung der modernen Volkswirtschaft“. Ref.: Student Fühl. — Gruppe Rochow: 7 1/2 Uhr im Lokal der Gemeindehalle, Poststr. 49. Vortrag über „Jugend und Sozialismus“. Ref.: Dr. Rallich. — Gruppe Friedrichshagen: Die Mitgliederversammlung findet heute abends 8 Uhr im Lokal von Gustav John, Schwanenwegstr. 22, statt.

#### Morgen, Sonnabend, den 5. Februar:

- M. W. 7 Uhr im Bernauersee Schloß, Bernauersee-Str. Sitzung der Bezirkskommission für die Wahl der Abgeordneten. Referent: Simon Kayenstein, M. D. R.

### Aus aller Welt.

#### Neue Arbeitskatastrophen.

Das furchtbare Unglück auf der Ralliche Silberstedt, bei dem 11 Arbeiter getötet und 17 verletzten schwer vergiftet oder verletzt wurden, hat folgende Entstehungsursache gehabt:

Am Dienstag abend hatte die Nachmittagsfuhr, bevor sie den Schacht verließ, Sprengarbeiten verrichtet. Dabei hatte ein Schach eine Gasfuhr getroffen.

Von der Belegschaft konnte die Ausströmung des Gases nicht mehr festgestellt werden. Ueber Nacht ruht der Grubenbetrieb, so daß von der Fruhfuhr das Vorhandensein des Gases hätte bemerkt werden müssen. Als früh 7 Uhr von etwa 80 Mann der Fruhfuhr der größte Teil eingefahren war und an der Unglücksstelle mit den offenen Lampen erschien, entzündeten sich die Gase und es erfolgte die gewaltige Explosion, die sofort ihre Opfer forderte. Der Förderkorb mit etwa 30 weiteren Arbeitern kam gerade im Augenblick der Explosion unten an. Einige beherzte Arbeiter konnten noch schnell das Signal zur Ausfahrt

geben, so daß die eben angekommenen Leute mit demselben Förderkorb wieder in die Höhe zu fahren vermochten. Von den Arbeitern waren bei Ankunft des Förderkorbes über Tag nur noch zwei bei Besinnung.

Gleich darauf durchsuchte eine Rettungskolonne den Schacht, mußte aber bald umkehren, da alle passierbaren Strecken abgesucht waren und ein Vordringen in die tiefen Rauchschwaden aus-sichtslos erschien. Bald wurde das Rettungswort von vier Kolonnen in Angriff genommen. Nachmittags 3 Uhr waren 11 Tote heraufgeholt, die übrigen Bergleute hatten durchweg Vergiftungsmerkmale oder Brandwunden erlitten. Nur einer der Verunglückten fehlte noch. Nach einmal fuhr eine Kolonne in den Schacht herab und nach einstündigem Suchen

fand man den letzten Vermissten lebend,

aber mit schweren Vergiftungserscheinungen abseits vor.

Eine schwere Brandkatastrophe hat sich im Hamburger Gaswerk Tiefstall ereignet. Beim Abheben eines großen Kessels geriet das Gas durch Entzündung der Reinigungsmasse in Brand. Eine große Glasschmelze erfase sechs Arbeiter, von denen zwei getötet wurden und vier mehr oder weniger schwere Brandwunden erlitten.

#### Hiefieber in Wien!

Wien, 3. Februar. (M.B.) Von den bisher an Hiefieber erkrankten 29 Personen sind dreizehn gestorben. 23 Erkrankten erholten außerhalb Wiens, die vier übrigen liegen im Zusammenhang mit dem Reisenerlehr.

Ein Ueberfall auf Offiziere. Mittwoch abend wurden zwei Offiziere in der Rallichestr. in München von zwei Unbekannten überfallen. Einer der Offiziere erhielt einen Schuß in den linken Unterarm, einen in die linke Hand. Der zweite Offizier erhielt einen Schuß durch die Rühle. Die Täter ergriffen die Flucht.

### Sport.

Wähler-Klubber-Club „Solidarität“, Disziplin Gruppe Berlin. Touren für Sonntag, den 6. Februar: 1. Abt. wird am Start Wahlerstr. 50 beauftragt. 2. Abt. nach Spandau, „Kaiser“, Start 1 Uhr. 3. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 1 1/2 Uhr. 4. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 2 1/2 Uhr. 5. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 3 1/2 Uhr. 6. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 4 1/2 Uhr. 7. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 5 1/2 Uhr. 8. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 6 1/2 Uhr. 9. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 7 1/2 Uhr. 10. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 8 1/2 Uhr. 11. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 9 1/2 Uhr. 12. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 10 1/2 Uhr. 13. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 11 1/2 Uhr. 14. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 12 1/2 Uhr. 15. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 13 1/2 Uhr. 16. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 14 1/2 Uhr. 17. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 15 1/2 Uhr. 18. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 16 1/2 Uhr. 19. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 17 1/2 Uhr. 20. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 18 1/2 Uhr. 21. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 19 1/2 Uhr. 22. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 20 1/2 Uhr. 23. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 21 1/2 Uhr. 24. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 22 1/2 Uhr. 25. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 23 1/2 Uhr. 26. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 24 1/2 Uhr. 27. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 25 1/2 Uhr. 28. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 26 1/2 Uhr. 29. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 27 1/2 Uhr. 30. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 28 1/2 Uhr. 31. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 29 1/2 Uhr. 32. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 30 1/2 Uhr. 33. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 31 1/2 Uhr. 34. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 32 1/2 Uhr. 35. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 33 1/2 Uhr. 36. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 34 1/2 Uhr. 37. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 35 1/2 Uhr. 38. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 36 1/2 Uhr. 39. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 37 1/2 Uhr. 40. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 38 1/2 Uhr. 41. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 39 1/2 Uhr. 42. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 40 1/2 Uhr. 43. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 41 1/2 Uhr. 44. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 42 1/2 Uhr. 45. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 43 1/2 Uhr. 46. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 44 1/2 Uhr. 47. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 45 1/2 Uhr. 48. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 46 1/2 Uhr. 49. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 47 1/2 Uhr. 50. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 48 1/2 Uhr. 51. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 49 1/2 Uhr. 52. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 50 1/2 Uhr. 53. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 51 1/2 Uhr. 54. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 52 1/2 Uhr. 55. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 53 1/2 Uhr. 56. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 54 1/2 Uhr. 57. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 55 1/2 Uhr. 58. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 56 1/2 Uhr. 59. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 57 1/2 Uhr. 60. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 58 1/2 Uhr. 61. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 59 1/2 Uhr. 62. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 60 1/2 Uhr. 63. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 61 1/2 Uhr. 64. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 62 1/2 Uhr. 65. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 63 1/2 Uhr. 66. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 64 1/2 Uhr. 67. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 65 1/2 Uhr. 68. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 66 1/2 Uhr. 69. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 67 1/2 Uhr. 70. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 68 1/2 Uhr. 71. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 69 1/2 Uhr. 72. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 70 1/2 Uhr. 73. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 71 1/2 Uhr. 74. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 72 1/2 Uhr. 75. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 73 1/2 Uhr. 76. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 74 1/2 Uhr. 77. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 75 1/2 Uhr. 78. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 76 1/2 Uhr. 79. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 77 1/2 Uhr. 80. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 78 1/2 Uhr. 81. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 79 1/2 Uhr. 82. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 80 1/2 Uhr. 83. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 81 1/2 Uhr. 84. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 82 1/2 Uhr. 85. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 83 1/2 Uhr. 86. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 84 1/2 Uhr. 87. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 85 1/2 Uhr. 88. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 86 1/2 Uhr. 89. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 87 1/2 Uhr. 90. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 88 1/2 Uhr. 91. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 89 1/2 Uhr. 92. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 90 1/2 Uhr. 93. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 91 1/2 Uhr. 94. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 92 1/2 Uhr. 95. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 93 1/2 Uhr. 96. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 94 1/2 Uhr. 97. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 95 1/2 Uhr. 98. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 96 1/2 Uhr. 99. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 97 1/2 Uhr. 100. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 98 1/2 Uhr. 101. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 99 1/2 Uhr. 102. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 100 1/2 Uhr. 103. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 101 1/2 Uhr. 104. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 102 1/2 Uhr. 105. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 103 1/2 Uhr. 106. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 104 1/2 Uhr. 107. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 105 1/2 Uhr. 108. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 106 1/2 Uhr. 109. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 107 1/2 Uhr. 110. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 108 1/2 Uhr. 111. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 109 1/2 Uhr. 112. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 110 1/2 Uhr. 113. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 111 1/2 Uhr. 114. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 112 1/2 Uhr. 115. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 113 1/2 Uhr. 116. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 114 1/2 Uhr. 117. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 115 1/2 Uhr. 118. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 116 1/2 Uhr. 119. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 117 1/2 Uhr. 120. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 118 1/2 Uhr. 121. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 119 1/2 Uhr. 122. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 120 1/2 Uhr. 123. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 121 1/2 Uhr. 124. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 122 1/2 Uhr. 125. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 123 1/2 Uhr. 126. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 124 1/2 Uhr. 127. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 125 1/2 Uhr. 128. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 126 1/2 Uhr. 129. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 127 1/2 Uhr. 130. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 128 1/2 Uhr. 131. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 129 1/2 Uhr. 132. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 130 1/2 Uhr. 133. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 131 1/2 Uhr. 134. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 132 1/2 Uhr. 135. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 133 1/2 Uhr. 136. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 134 1/2 Uhr. 137. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 135 1/2 Uhr. 138. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 136 1/2 Uhr. 139. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 137 1/2 Uhr. 140. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 138 1/2 Uhr. 141. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 139 1/2 Uhr. 142. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 140 1/2 Uhr. 143. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 141 1/2 Uhr. 144. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 142 1/2 Uhr. 145. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 143 1/2 Uhr. 146. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 144 1/2 Uhr. 147. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 145 1/2 Uhr. 148. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 146 1/2 Uhr. 149. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 147 1/2 Uhr. 150. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 148 1/2 Uhr. 151. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 149 1/2 Uhr. 152. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 150 1/2 Uhr. 153. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 151 1/2 Uhr. 154. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 152 1/2 Uhr. 155. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 153 1/2 Uhr. 156. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 154 1/2 Uhr. 157. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 155 1/2 Uhr. 158. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 156 1/2 Uhr. 159. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 157 1/2 Uhr. 160. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 158 1/2 Uhr. 161. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 159 1/2 Uhr. 162. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 160 1/2 Uhr. 163. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 161 1/2 Uhr. 164. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 162 1/2 Uhr. 165. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 163 1/2 Uhr. 166. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 164 1/2 Uhr. 167. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 165 1/2 Uhr. 168. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 166 1/2 Uhr. 169. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 167 1/2 Uhr. 170. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 168 1/2 Uhr. 171. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 169 1/2 Uhr. 172. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 170 1/2 Uhr. 173. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 171 1/2 Uhr. 174. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 172 1/2 Uhr. 175. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 173 1/2 Uhr. 176. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 174 1/2 Uhr. 177. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 175 1/2 Uhr. 178. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 176 1/2 Uhr. 179. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 177 1/2 Uhr. 180. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 178 1/2 Uhr. 181. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 179 1/2 Uhr. 182. Abt. nach Tegel, „Kaiser“, Start 180



# Weißes Wochen

# Sehr billiges Angebot

**Hemdentuch** starkfädige Qualität .... Meter **9.50**  
**Louisiana** leinenartiges Gewebe, ca. 82 cm breit..... Meter **15.65**  
**Bett-Kreton** farbig gemustert.....Meter **16.80**  
**Blusen-Flanell** gestreift .....Meter **12.75**  
**Deckbett** aus starkfädigem Wäschestoff ..... **19.00**  
**Kissen** aus starkfädigem Wäschestoff ..... **22.50**

**Voll-Voile** weiß, ca. 115 cm breit Meter **27.80**  
**Voll-Voile** farbig, ca. 115 cm breit Meter **33.00**  
**Cheviot** Reine Wolle, ca. 105 cm breit, in vielen Farben.....Meter **49.50**  
**Untertaille** mit Stickerei-Garnierung ..... **12.50**  
**Sport-Bluse** gestreift, schicke Form, offen oder geschlossen zu tragen ..... **49.50**  
**Frotté-Kleid** weiß, farbig gepaspelt, hochmodern verarbeitet ..... **118.00**  
**Kinderschürze** aus gestreiftem Batist, reich mit Stickerei garniert, 2 Größ. **19.50**  
**Batist-Schürze** bestickt, Wiener Form, reich mit Stickerei garniert. **27.50**  
**Hausschürze** mit Latz, aus gutem Wäschestoff mit Stickerei-Einsatz..... **27.50**

**Reinwollene  
Kostüm-Stoffe**  
 hellgrau melierte Farbtöne, ca. 140 cm breit  
**Meter 88.00 98.00**

# JANDORF

Belle-Alliance-Strabe Grobe Frankfurter Strabe Brunnenstrabe Kolbuser Damm Wilmersdorfer Strabe

## Theater, Lichtspiele etc.

**Opernhaus**  
 Till Eulenspiegel  
 Z. I. Maie: Josephslegende  
 7 Uhr

**Schauspielhaus**  
 Torquato Tasso  
 7 Uhr

**Deutsches Theater**  
 7 Uhr: Kabala und Liebe  
 Sbd. 5: César und Kleopatra

**Kammerspiele**  
 7 1/2 Uhr: Der pathetische Hut  
 Sbd. 7 1/2: Der pathetische Hut

**Gr. Schauspielhaus**  
 (Karlstraße)  
 7: Flörländer (ab Abt. 2. Abt.)  
 Sonnabend, zum 1. Male:  
 Die Passion. (Auff. Abonn.)

**Theater L. d.**  
**Königgrätzer Str.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Jekaterina**

**Iwanowna**  
 (Lucie Höchlich, Paul Bildt,  
 Uernburg, Pröckl, Römer,  
 Schlegel, Marba, Lehndorff)  
 Sonntag nachm.: Rausch

**Komödienhaus**  
 Die Sache m. Lola  
 mit Max Pallenberg  
 Sonnt. nachm.: Herr Minister

**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die spanische  
**Nachtigall**  
 Operette von Leo Fall mit  
**Fritzi Massary**  
 Hans Wassmann, Emmy  
 Sturm, Julius Brandt,  
 Reinhold Pasch, Olga Engl  
 Sbd. nachm.: Der letzte Walzer

**Central-Theater**  
 Alte Jakobstraße 30.  
 7 1/2: Die Postmeisterin  
 Deutsches Opernhaus  
 7 Uhr: Wilhelm Tell  
 Friedr. Wilhelmst. Th.  
 1/2 Uhr: Hohen die Tänzerin  
**Kl. Schauspielhaus**  
 7 1/2 Uhr: Reigen  
 Komische Oper  
 7 1/2 Uhr: Baronechen Sarah  
 Lustspielhaus  
 7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in  
 Die schwedische Jungfrau  
**Metropol-Theater**  
 7 Uhr: Hollandweibchen  
 Sg. 3 Uhr: Hollandweibchen  
 Neues Operettentheater  
 7 1/2 Uhr: Yu-Shi tanzt  
 Neues Volkstheater  
 7 1/2 Uhr: Maria Magdalena  
 Schiller-Theat. Charl.  
 7 1/2 Uhr: Der ehem. Leutnant  
**Thalia-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Mascottchen  
 Th. am Nollendorfsplatz  
 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht  
**Theater des Westens**  
 7 1/2 Uhr: Schwalbenhochzeit  
 Sbd. 7 1/2 Uhr: Gänseleutnant  
 Th. d. Kommandantenstr.  
 7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar  
**Wallner-Theater**  
 7 1/2: Der Geiger von Logano  
**Residenz-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
 Hansi Arnstadt,  
 Sandrock, Vallentin, Korff,  
 Falkenstein, Otto, Mamelok.  
 Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:  
**Die Freundin**

## Königstadt-Theater

Saharab. Jannowitzbrücke  
 Täg. 7.30 Uhr: Sänge  
 im Ballsaal T A N Z

**Metropol**  
 Varieté-Kabarett  
 Behrenstraße 34  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr  
**Der lustige  
SPELPLAN**  
 F. H. Voss  
 Lars Beckhke  
 Camarosa  
 Gerardo & Gerda  
 Lena Neumann  
 Tom-Violig-Trio  
 Paul Goldler  
 Alaska & Rahos  
 Carl Christoff  
 Walter Steiner  
 Hal-Jung-Truppe

**Wintergarten**  
 Reines  
**Varieté-Programm**  
 Rauchen gestattet!  
 Theater am Kolbuser Tor  
 Kolbuser Str. 6  
 Täg. 7 1/2 und Sonntag  
 nachm. 3 Uhr  
**Elite-Sänger**  
 Zum Schluß der  
**Kriegsgewinnler.**  
 Vorher:  
**„Strand-Idyll“**  
 u. der hervorragende Solotitel  
 Nachmittags halbe Preise!  
 Vorverkauf: 11-11 1/2 u. 4-6 an  
 der Theaterkasse u. Leipziger  
 Straße 31 (Spittelkolonnen)

**Reichshall-Theater**  
 Abds. 7 1/2 u. Sonnt.  
 nachm. 3 Uhr:  
**Stett Sünge**  
 Nachm. halb Pr.  
 Varieté-Überr.  
 Brett! Anf. 6 1/2

**Wien-Berlin**  
 Jägerstraße 63a  
 Täglich:  
**Walter Lewens**  
**Laurenz & Partner**  
**Leopold Byron**  
**Adele Genée**  
**Paul Jülich**  
**Carl Braun**

**Variété-Café  
Moritzplatz**  
 Oranienstraße 33 34  
 Täglich 8 Uhr:  
**Elite-Programm**

**Neue Welt**  
 A. Scholz, Hasenheide 114  
 Täglich  
**Bayer. Bier-Fest**  
 Wunderbare Alpenchor.  
 Anfang 6 Uhr  
 8 Kapellen, 30 bayer. Madl

**Central-Theater**  
 Alte Jakobstraße 30 - Tel.: Moritzpl. 4047.  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Postmeisterin**  
 Operette in 3 Akten von August Neidhart  
 Musik von Leon Jessel mit  
**Molly Wessely**

**Apollo-Theater**  
 Direktion: James Klein.  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Madame Dubarry's Liebesleben!**  
 Großes  
 in 4 Bildern,  
 setzt von  
 James  
 Unter Mit-  
 welt-  
 a. Amerika  
**Saharel**  
 als  
**Gräfin  
Dubarry**  
 historisch  
 tungsstück  
 in Szene ge-  
 Direktor  
 Klein  
 wirkung der  
 berühmten,  
 zurückgekl.  
**150**  
 Mit-  
 wirkende  
 U. a.: Das Nachfest am Hofe Königs Ludwig XV.  
 Lebende Kolossal-Gemälde: Brand von Paris  
 Ikarische Gaukler / Rokoko-Balletts  
 Vorverkauf ab 10 Uhr an der Theaterkasse sowie  
 Invalidendank und Wertheim

**Admirals-Palast**  
 Die roten Schuhe  
 Sbd.: Ball der Karikaturisten.

**BTL**  
 Potsdamer Str. 28  
**Der Gang in die Nacht**  
 mit  
 Olaf Föns  
 Conrad Veldt  
 nachdem das Lustspiel  
**Der Liebeskorridor**  
 mit Erika Glässner  
 Turmstr. 12  
**Der Gang in d. Nacht**  
 Alexanderpl.-Pass.  
 Das wandernde Bild  
 mit Mia May  
 Friedena. Rheinstr. 11  
 Die 13 aus Stahl

**Tivoli**  
 Chausseestraße 25, am Steffiner Bahnhof  
 Heute u. Täglich abends 7 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr  
**Gr. Varieté u. Künstler-Vorstellungen.**  
 Fritz Frau, Otto Rieprecht  
 Leo Ernst, Walter-Familie  
 Gertrud Hünzer  
 Iren Andersen and George  
 Jaster  
 Fred Remond  
 Tate and May  
 Niklas dramatische Hunde  
 Willy Mariens  
 Otto Gönn / Marga Scholz  
**Senta Söneland**  
**Erich Carow**  
 In Vorbereitung: **Die Nihilistin.** Die Direktion

**Neueintragungen**  
 in die  
**Britt-Kundenliste**  
 werden in meinem Haupt-Kontor in der Zeit  
 vom 1. bis 10. Februar 1921 täglich außer  
 Sonntags von 8-5 Uhr entgegengenommen  
 Die Wahl eines leistungsfähigen Rohlenhändlers ist für  
 Ihre Brennstoffversorgung für das ganze Jahr von größter  
 Bedeutung. Jedes Quantum wird frei Haus geliefert.  
**Richard Meyer**  
 Kohlen-Großhandlung  
 Berlin-Halensee  
 Am Güterbahnhof • Fernsprecher: Amt Platzburg 4407-03  
 Zur prompten Belieferung ganzer Häuser  
 halte ich Sammel-Kundenlisten bereit.

**Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln**  
 Geöffnet 8-6 Uhr Verkauf an Jedermann Bergstraße 29  
 Straßenbahn-Verbindungs: 7, 13, 47, 48, 22, 49, 94, 6, P, I  
 Stadtbahn-Verbindung Ringbahnhof Neukölln  
**Nur 3 Tage**  
 Sonnabend, 5. 2. Montag, 7. 2. Dienstag, 8. 2.  
 Einmaliges, ganz besonders billiges  
**Hosen-Angebot**  
 in den modernsten Stoffen, bester Qualität und sehr guter Verarbeitung  
 Serie I Serie II Serie III  
**55.00 75.00 95.00**  
 Schuhbesohlung sehr prompt und allerbilligst

# Reichstag.

Wehrgefeß — Betriebsbilanz — Wohnungsgesetz.

Der Reichstag beriet am Donnerstag zunächst eine Vorlage betr. den

## Reichsbeitrag zu den Stimmzettelnkosten

(§ 40 Reichswahlgesetz). Jede Partei soll für jeden für sie abgegebenen gültigen Stimmzettel 15 Pf. erhalten.

Abg. Dittmann (U. Soz.) beantragte, mindestens 20 Pf. zu gewähren. Abg. Müller-Franken (Soz.) und Reichsminister Koch sprachen sich aus finanziellen Gründen gegen den Antrag aus.

Der Antrag Dittmann wird abgelehnt, die Vorlage unverändert angenommen.

## Das Reichswehrgefeß.

Abg. Schöpflin (Soz.):

Der Gesehtentwurf weist gegenüber dem ersten Entwurf einige Verbesserungen auf, die aber zum Teil nur scheinbar sind, veranlaßt durch die sozialistische Kritik. Aber an dem Geist hat sich leider nicht allzu viel verändert. Charakteristisch ist für den Entwurf, daß in ihm

### das Wort „Republik“ peinlich vermieden

wird. Wir müssen im Ausdruß eine gründliche Prüfung vornehmen. So ist z. B. der Monarch an den Kaiserlichen Eignung ein Grund zur Kündigung. Aber wir haben gesehen, daß die dienstliche Eignung ein solches Soldaten abgeprochen wurde, die beim Kopp-Dusch sich als Republikaner betätigt hatten. Man hat Eintragungen in die Pässe gemacht, wie z. B.

### „Führung sehr gut, außer beim Kopp-Dusch“.

(Hört, hört! links.) Tadellos bewährte Leute hat man entlassen, weil sie nicht die vorchriftsmäßige Gesinnung zeigten. Die Mannschaften werden in dieser Hinsicht bei der weitestgehenden Selbstverwaltung der einzelnen Truppenkörper ganz den Offizieren ausgeliefert. Diese haben immer den Vorteil, daß die Entscheidung über ihre dienstliche Eignung in den Händen ihrer Kameraden ruht. § 33 verbietet den Angehörigen der Wehrmacht jede politische Betätigung. Es ist völlig unmöglich, daß die Männer

### 12 Jahre lang objektiv vom politischen Leben

leben sollen. Dem Soldaten wird die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Ist dieses Verbot für alle Angehörigen der Wehrmacht in gleicher Weise gedacht? Freilich könnte der Offizier auch dann leicht das Verbot umgehen, da er in Hink zu Versammlungen gehen und sich politisch betätigen kann. Ueberhaupt müssen wir der Auffassung entgegenzutreten, die auch in diesem Gesetz den Offizier als eins der anderen Beamten der Republik überragende Persönlichkeit hinstellt. Durch diesen scharfen Klassenunterschied wird der republikanische Gedanke empfindlich geschädigt. Es gibt ja

### auch in der Reichswehr einige nichtmonarchische Offiziere.

Wie wird es bei den geheimen Qualifikationsberichten denjenigen ergehen, die republikanischer Gesinnung verdächtig sind? Den Soldaten darf nicht vorgekehrt werden, welche Religion sie in den Kasernen lesen dürfen. Derartige Verbote sind eine Schmach und Schande für ein republikanisches Staatswesen. Ein gewisser Fortschritt besteht darin, daß die Heeres- und Marinekommanden geheim gewählt werden. Die Verordnungen des Reichspräsidenten, die hierüber das Weisere regeln, muß ebensogut dem Reichstag zur Bestätigung vorgelegt werden wie die Verordnungen über den außerordentlichen Verkehr zwischen Offizieren und Mannschaften. Es besteht schon wieder eine

### gefehrliche Neigung zum Strammhaltenlassen.

Die Soldatenverbände müßte der Minister am liebsten ganz verschwinden lassen, aber da Soldaten ein Beruf ist, brauchen die Soldaten Organisationen, um ihre Interessen zu wahren. Die bestehenden Organisationen müssen bestehen bleiben; natürlich kann den Soldaten ein Streikrecht nicht gewährt werden. Der R. d. V. schließt aber auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel in seinen Statuten aus. Wenn man ein monarchisches Offizierskorps hat, kann man den Soldaten nicht das Recht zum Zusammenstoß verweigern, will man sie nicht zerstreuen. Glaubt man denn, es werden sich frei gewählte Männer finden, die bereit sind, sich auf 12 Jahre zu verpflichten, wenn man ihnen jede Bewegungsfreiheit nimmt und sie ganz in die Hände der Offiziere gibt? Einen Rückschritt gegen die alte Wehrverfassung bedeutet auch der maßgebende Einfluß der Bänder, besonders Bayerns. Der Reichspräsident darf nur im Einvernehmen mit Bayern etwas veranlassen. Der Reichswehrminister aber wird ganz ausgeschlossen und hat gar nichts zu sagen. Die Reichswehr muß so ausgestaltet werden, daß sie dem Schutz der Republik dienlich ist, aber niemals ein Instrument gegenrevolutionärer Bestrebungen werden kann. (Lebhafte Beifall bei dem Soz.)

Reichswehrminister Gessler: Bei der Aufstellung des gegenwärtigen Gesehtentwurfes war die Reichsregierung nach den verschiedensten Richtungen hin gebunden, nicht nur an die Bestimmungen des Friedensvertrages, sondern auch an die Reichsverfassung und die Weimarer Verordnungen über die Landmannschaften und ihre Rechte. Wir wollen nicht die Reichswehrsoldaten zu willenlosen Werkzeugen erziehen, denn ein Soldat, der den Interessen von Staat und Volk selbstlos gegenübersteht, wäre dieselbe Gefahr wie eine Truppe, die sich um politische Gegensätze die Köpfe einschlägt. Die Soldatenverbände kann man selber nicht nur nach ihren Gehörigkeiten beurteilen, sondern muß auch auf ihre Vorgänge sehen. Im Ausdruß werde ich Ihnen über den R. d. V. und die anderen Bünde reiches Material liefern. (Sehr richtig!) Jedenfalls muß der Minister bei Rückschlüssen zuwärtigen können und darf nicht erst in der Presse gefragt werden: Was geschieht mit diesem Verbote? Wir müssen versuchen, einen Weg zu finden, daß die Reichswehrsoldaten weder zu kumpfen Herdenschweine gemacht werden, noch daß den Vorgesetzten die Möglichkeit genommen wird, für Aufrechterhaltung der Disziplin zu sorgen. Die Frage nach dem passiven Wahlrecht der Reichswehrangehörigen kann ich dahin beantworten, daß jedem Soldaten für den Fall seiner Wahl Urlaub erteilt werden muß, und daß keinerlei Beschränkung besteht. Die Zeit ist vorbei, wo man Offizier werden konnte, ohne mit der Truppe in Reich und Glied gestanden zu haben. Künftig muß man zwei Jahre in der Front gestanden haben, ehe man zur Offiziersprüfung zugelassen wird. Ich bitte Sie, mir zu helfen, daß die Reichswehr ein Volkshaus wird und keine Parteilocher. (Beifall.)

Abg. Künzler (U. Soz.): Das Reservatrecht für Bayern im Wehrgefehtentwurf bewirkt die Kapitulation vor diesem rechtsändernden Senate. Während in diesem Hause der Wehrgefeht beraten wurde, wurde in München nicht nur der Republikanische Führerbund, sondern auch der absolut parteilose Republikanische Schutzbund verboten.

Abg. Koenen (Komm.): Die Reichswehr ist nach dem Gesetz in erster Linie ein antisoziales Instrument. Sie können die Produktion nicht haben, und daran wird Ihre Reichswehr samt ihrer Disziplin scheitern, und wir werden das Gebe antreiben.

Die Vorlage wird einem Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesehtentwurf über die Abmehlungen von dem Biersteuergefeß, der bestimmt, daß zur Bereitung von Bier auch zur menschlichen Ernährung nicht geeigneter Reis und Mais als Zuzusätze verwendet werden können, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das Gesetz über den Wassengebrauch des Grenzaußsichtspersonals, nach dem die im Grenzaußsichtsdienst befindlichen Personen bei Gefahr für Leib oder Leben und zur Verhinderung der Flucht von der Waffe Gebrauch machen können, wird nach kurzen Bemerkungen der Abg. Hante (U. Soz.) und Herzfeld (Komm.) auf deren Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

# Der Fall van den Kerckhoff.

Die Deutschnationalen, die den Fall Erzberger seit einem Jahr in schärfster Weise agitatorisch ausnutzen und kaum eine Vermahlung vorübergehen lassen, um ihren Abscheu über Erzbergers „Steueramoral“ zum Ausdruck zu bringen, erlebten in der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses peinliche Stunden. Es ging um den Fall Kerckhoff, worüber wir in der gestrigen Abendausgabe schon kurz berichteten.

Herr van den Kerckhoff, Direktor des Stahlwerkes Krone und Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, hatte vor einiger Zeit das Unglück, einem

## Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung

ausgesetzt zu sein und dabei waren ihm sowohl Akten beschlagnahmt als auch ein Geldschrank und andere Behältnisse verpfändet worden. Eigentümlicherweise ist nun aber auf Grund eines Berichtes des Finanzamtes in Bohwinkel das Verfahren gegen van den Kerckhoff eingestellt worden. Die Deutschnationalen, gestützt auf den verhältnismäßig günstigen Bericht des Finanzamtes in Bohwinkel, sahen sich nun veranlaßt, im Reichshaushaltsausschuß den Antrag zu stellen, den Reichsfinanzminister zu ersuchen, eine förmliche Ehrenerklärung für van den Kerckhoff abzugeben und der Ausschuß beschloß einmütig den Reichsfinanzminister zu ersuchen, einen Bericht über den Fall zu erstatten. Diesem Ersuchen kam der Reichsfinanzminister gestern nach. Was sich aus dem ungemein vorsichtig abgegebenen Bericht ergab, war erstens die Feststellung der Tatsache, daß bei Behörden

### wichtige Aktenstücke verschwunden

und zweitens die für Herrn van den Kerckhoff und zugleich für seine Partei niederschmetternde Angabe, daß, wie aus dem zuletzt erstatteten Bericht des Landesfinanzamtes in Düsseldorf hervorgeht, mancherlei Unstimmigkeiten über die Steuererklärung von van den Kerckhoff bestehen. Nach den Angaben des Reichsfinanzministers hat das Finanzamt in Bohwinkel seinen Bericht voreilig abgefaßt. Weiter stellte er fest, daß das Verfahren gegen van den Kerckhoff nicht abgeschlossen sei, weil noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung schwebt. Aus dem Aktenmaterial der Steuerbehörde sind verschwunden: erstens die Einkommensteuererklärung des Jahres 1919, zweitens die Unterlagen über die Vermögenssteuererklärung und drittens die Akten aus dem Berufungsverfahren.

Aus dem Bericht ergibt sich weiter, daß das Gedächtnis des Steuersekretärs Pflüg über wichtige Verhandlungen mit van den Kerckhoff völlig verjagt, und daß er auch nicht zu berichten weiß über die fehlenden Unterlagen. Weiter geht daraus hervor, daß van den Kerckhoff bereit ist, über Geschäfte spekulativer Art die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Er gibt an, diese Geschäfte unter anderem Namen und unter Verleuten abgeschlossen zu haben. Der mit allen Weisern gemischte routinierte Direktor des großen Stahlwerkes hat schließlich auch, ohne Skrupel zu empfinden, sich veranlaßt gesehen, die von der Behörde

### am Geldschrank angebrachten Siegel zu entfernen.

Eigentümlich berührt, daß ein Strafverfahren wegen Pfandbruch nicht eingeleitet wurde. Besonders auffällig nimmt sich ein Satz aus dem Bericht des Finanzamtes in Bohwinkel aus, worin erklärt wird, daß wenn es Herrn van den Kerckhoff nicht gelungen sei, genaue Angaben des Einkommens aus Spekulationsgeschäften zu machen, sich das aus den Kriegsverhältnissen ergibt. Eine weitere Eigentümlichkeit ist, daß die Gehaltsbücher des Kronewerkes fehlen und daß von diesen Werte erhebliche Beiträge in Ausgabe gestellt sind, die von Herrn van den Kerckhoff zu dem Zwecke

Der Gesehtentwurf über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung wird in dritter Lesung angenommen unter Ablehnung eines Antrags der Unabhängigen auf Erweichung der Bestimmungen: „Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht.“ Gegen das Gesetz stimmen die Unabhängigen und Kommunisten.

## Förderung des Wohnungsbaues,

noch dem die Bänder verpflichtet werden, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Jahren 1921 und 1922 mindestens einen Betrag von 20 M. pro Kopf aufzuwenden, und die weitere Verpflichtung eingehen, zur Deckung der aufzuwendenden Beiträge bis längstens 1940 eine Abgabe von den ruhungsberechtigten lötcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Gemeinden haben zu den von den Bändern zu erhebenden Abgaben Zuschläge zu erheben, deren Grundfläche durch die Bänder getroffen werden, sofern sie nicht bis zum 1. Mai 1921 durch Reichsgesetz geregelt sind. Bis zum Erlaß eines derartigen Reichsgesetzes stellt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates allgemeine Grundfläche über die Förderung des Wohnungsbaues mit den auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung zu stellenden Mitteln auf.

Abg. Bahr-Landsberg (Dem.): Wird nicht gleich vorgegangen, so fähigung zu stellenden Mitteln auf.

Abg. Silberstein (Soz.): Meine Fraktion stimmt dem Gesehtentwurf zu; die außerordentliche Notlage der gegenwärtigen Zeit zwingt uns dazu, da es keinen anderen Weg gibt, die Frühjahrsbautätigkeit überhaupt auszunutzen. Die Ablehnung dieses Notgesetzes würde bedeuten, daß

### 40 000 Wohnungen ungebaut

bleiben, was wir nicht verantworten können. Außerdem würden Hunderttausende von Bauarbeitern arbeitslos sein. Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsgesetz behalten wir uns vor. Abg. Mumm (Dnat.) schließt sich im allgemeinen seinen Verebrenern an; beschließen der Abg. Marx (D. Sp.). Abg. Merkel (U. Soz.) fordert schärfere Heranziehung der Landwirte durch das Reich.

Nach weiterer Debatte, an der sich Vertreter der Kommunisten und des Zentrums beteiligten, erklärt

Reichsarbeitsminister Brauns: Der Begriff der Ruhungsberechtigten in § 2 wird von der Regierung so verstanden, wie er in der ursprünglichen Vorlage festgelegt war, unter Berücksichtigung des Mietvertrages von 1914. Der Wohnungsbaue soll vor allem auch der Erzeugung der Produktivität im Bergbau und Landwirtschaft dienen.

Damit schließt die Aussprache. — Es folgten persönliche Bemerkungen.

Unter Ablehnung der Anträge Hergt und Gen. wird die Vorlage in zweiter und also darauf auch in dritter Lesung gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Reichspräsident Ebert stellt fest, daß die für eine etwaige Verfassungänderung notwendige Zweidrittelmehrheit vorhanden ist.

## Die Haserinterpellation.

Es folgt sodann die Beratung einer Interpellation Hergt (Dnat. Sp.), Graf Bernstorff (D. Hannover B.), Ellenberger (Dnat. B. Sp.), die sich richtet gegen eine Verordnung des Reichs-ernährungsministers vom 11. Dezember 1920, worin eine Mindestablieferungspllicht für Haser festgelegt und für die nicht abgelieferte Menge eine Geldleistung in Höhe des dreifachen Betrages des Haherhöchstpreises verlangt wurde. Abg. Dr. Semmler (Dnat. Sp.) begründet die Interpellation,

verausgabte wurden, um in der Kriegszeit Aufträge zu erhalten. Der Reichsfinanzminister erklärte zum Schluß, daß die ganzen Unterlagen einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden müssen und daß es Aufgabe des Ministeriums sei, einen Weg zu suchen, daß der Staatsanwalt seine Ermittlungen wieder aufnehmen und die Untersuchung zum Abschluß bringen kann.

Schließlich nahm der Reichsfinanzminister noch Stellung zu einer Verzögerung, die

### Herr Dr. Hefflerich

in einer Münchener Versammlung am 27. Januar getan hat, in der er zum Ausdruck brachte, daß unter dem alten Regime Korruption im Beamtenkörper eine unbekannte Erscheinung gewesen sei, daß sich seit der Revolution aber diese Krankheit schnell ausgebreitet habe, wobei er deutlich auf den Fall Erzberger hinwies. Aus diesem Grunde, so führte der Reichsfinanzminister aus, sei dieser Fall ein politischer und sehe er sich deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die Korruptionsercheinungen leider schon weit in die Zeit des alten Regimes zurückreichen.

Während der Rede des Reichsfinanzministers bemächtigte sich des Vorträhers der Deutschnationalen, des Herrn Dr. Hefflerich, der übrigens schon vorher mit dem Reichsfinanzminister über diese Angelegenheit verhandelt hatte, eine steigende Nervosität und man konnte einigermachen gespannt sein, was Herr Dr. Hefflerich zur Ehrenrettung seines Parteifreundes beitragen würde. Was er vorbrachte, war nichts weiter als der Versuch, das Verfahren von den Kerckhoffs im milderen Licht erscheinen zu lassen und dem Bericht des Finanzamtes in Düsseldorf eine günstigere Auslegung zu geben, und am schließlich noch den Bundesgenossen Zeit zur Hilfe zu rufen, indem er bat, ein Urteil nicht eher zu fällen, bis die Angelegenheit vollständig klargestellt und das Verfahren abgeschlossen ist. Schließlich aber sah er sich doch gezwungen, zu erklären, daß schon während des Krieges Erscheinungen der Korruption aufgetreten seien. Zum Schluß führte er aus, daß die Fraktion der Deutschnationalen die Entgegung Kerckhoffs abwarten wird, um dann die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Mit Recht führte der Abgeordnete Andre vom Zentrum aus, daß die Deutschnationalen ein wütendes Geschrei erheben würden, wenn solche weltgehenden Verdachtsmomente etwa gegen Erzberger vorlägen, und er fügte dem hinzu, daß eine Korruption auch darin zu erblicken sei, wenn eine Fraktion

### gestohlenes Material der Steuerbehörden.

wie das im Falle Erzberger geschehen sei, zu agitatorischen Zwecken verwende. Er stellt im Anschluß daran die Anfrage, was unternommen sei, um festzustellen, wer die Steuerakten Erzbergers gestohlen hat, und ob die Untersuchung darüber abgeschlossen ist.

Bemerkenswert war noch, daß der Zentrumsoberordnete Bur-lage zum Ausdruck brachte, daß es politischer Brunnenvergiftung gleichkommt, wenn immer wieder behauptet wird, daß die Korruptionsercheinungen erst aufgetreten seien, seit die Demokratie in Deutschland Einzug gehalten hat.

Für unsere Fraktion sprach Gen. Hoch. Er legte dar, daß die Korruptionsercheinungen zusammenfallen mit der Durchführung des sogenannten Hindenburgprogramms, in dem der Grundhaß aufgestellt wurde, unbelümmert um die Höhe der Kosten die Kriegsproduktion zu steigern. Dabei sei die Korruption im großen aufgetreten und hätte sich dann auf einen großen Teil des Volkes im kleinen über-tragen.

Abg. Kappeler (Soz.): Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist der Landwirtschaft in weitgehendem Maße entgegengewirkt worden, doch die Landwirte haben ihrerseits

### kein Entgegenkommen

gezeigt und uns wieder in eine Zwangslage gebracht, da sie ganz einfach keinen Hafer abgeleiert haben. Wäre das Umgekehrte, fähren sojektiv angewandt worden, und hätte man den Landwirten nicht soviel Vertrauen geschenkt, so wären alle diese Schwierigkeiten vermieden. Jetzt allerdings wird der Landwirt, da er bedeutend mehr Hafer verfrachtet hat, als ihm nach Abzug der verpfändeten getammelten Umsätze verbleibt, von großen Schwierigkeiten bedrängt. Wir wollen gerne der Landwirtschaft Produktionskosten und Gewinn erlassen, doch nicht über das Maß hinaus. Es handelt sich jetzt hier nicht um eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern um ein Herauskommen aus der jetzigen Notlage. Wenn überreits (nach rechts) der gute Wille vorhanden ist, werden wir über die Schwierigkeiten hinwegkommen. Aber erweisen Sie nicht den Eindruck, daß auf der linken das Verständnis für die Landwirtschaft fehle; Sie tragen die Mitschuld an der letzten Lage!

Abg. Darchard (U. Soz.): Wen will

### am Tage nach den Preußenwahlen

die Getreideprelle beträchtlich erhöhen. Die Milch wird von den Landwirten nicht abgeliefert, sondern lieber in den Straßen-

graben geschüttet. Abg. Reich (Komm.): Das Verlangen nach freier Wirtschaft hat nur den Zweck, die Hungerblockade der Großagrarier zu verstärken; Sie sollten doch ehrlich sein und nicht immer die Kleinbauern vorhaken.

Abg. Fischer-Hannover (Soz.): Ich gehöre zu denen, die die Verordnungen der Behörden durchzuführen müssen. (Redner ist Landrat des Kreises Neubadensleben.) Ich bekomme statt der angeforderten 20 000 Pentner Hafer nur 2000, weil die Verordnung zu spät gekommen ist. Die Regierung hat in diesem Falle versagt und muß nun sehen, wie sie einen Ausweg findet.

Abg. Matke (Dnat. Sp.) polemisiert gegen die sozialistischen Redner.

Freitag 11 Uhr: Anfragen, Wohnungsbau, Geschäftsordnungsänderung, Petitionen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Eberts 30. Geburtstag. Der Reichspräsident, unser Parteigenosse Friedrich Ebert, begeht heute seinen 30. Geburtstag. Er kann an diesem Tage auf eine Laufbahn zurückblicken, wie sie vor ihm noch kein Deutscher zurückgelegt hat. Als Proletarierkind geboren, selber Proletarier, hat er sich durch sein Können und seinen Charakter in solchem Maße das Vertrauen der deutschen Volkswertretung erworben, daß sie ihn mit gewaltiger Mehrheit zum ersten Präsidenten der Deutschen Republik erwählte. Seit jenem Tage, der sich bald zum zweitenmal jährt, hat er sein schweres, in dieser Zeit unvorstellbar schweres Kreuz in einer Weise geführt, die alle kleinliche parteipolitische Gehässigkeit und alle zischende Redekunstung mit jedem Tage mehr verstummen ließ. Obwohl eine gewisse Zurückhaltung im Wesen des Mannes liegt, wenn es gerecht und unparteiisch geführt werden soll, und obwohl Genosse Ebert diese Seite seiner Amtspflicht auf das gewissenhafteste respektiert, ist er im Herzen der unsere geblieben, und an dem nahen oder fernem Log, der ihn von der Bürde seines Amtes befreit, wird er, wie es sich von selbst versteht, wieder mit uns allen in Reich und Glied der Partei stehen. So wird also hoffentlich niemand einen „Kaisergeburtstagsfest“ dahinter wittern, daß wir heute unserem erdewählten Genossen Friedrich Ebert, der zuvörderst unsere Partei, der Republik ist, zu seinem 30. Geburtstag unseren herzlichsten Glückwunsch aussprechen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Immer wieder kommunistischer Schwindel.

Kürzlich berichtete die „Rote Fahne“ über den Fortschritt der Kommunisten in der Straßenbahnerbewegung Münchens. Danach sollten in einer Versammlung am 1. Januar (die übrigens am 11. stattfand) sechs Kommunisten in die Ortsverwaltung gewählt worden sein. Auch sonst sei der Einfluss der Kommunisten in der Straßenbahnerbewegung im Steigen. Die wenig das der Fall ist, beweist der Umstand, daß der Geschäftsbericht des Vorstehenden ohne Debatte entgegengenommen und dieser selbst (kein Kommunist) einmütig wiedergewählt wurde. Die angeblich „heftige Gegenaktion der Rechten“ galt keinem kommunistischen Vorschlag, sondern dem Antrag auf Vergrößerung des Verwaltungskörpers um sechs Personen. Dieser Antrag wurde angenommen. In der Ortsverwaltung hat die Ortsverwaltung zu dem Siegerartikel der „Roten Fahne“ Stellung genommen und folgende Resolution beschlossen:

„Die Ortsverwaltung München des Straßenbahnerverbandes verurteilt auf das schärfste den in Nr. 36 der „Roten Fahne“ vom Sonnabend, den 22. Januar 1921, unter der Überschrift: „Wachsendes Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den Kommunisten“ erschienenen Artikel. Die Ortsverwaltung weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß die Gewerkschaftsbureaucraten“ seit Jahren so ziemlich das Gegenteil von dem tun, was die Mitglieder wollen.“

Die Generalversammlung des Straßenbahnerverbandes München hat die neugewählten Mitglieder der Ortsverwaltung nicht als Angehörige einer bestimmten politischen Partei, Kommunisten, S.P.D. oder U.S.P. — mit diesem Mandat beehrt, sondern sie sind gewählt worden als Mitglieder des Straßenbahnerverbandes, die versprochen haben, das gewerkschaftliche und wirtschaftliche Interesse der Mitgliedschaft des Straßenbahnerverbandes vertreten zu wollen.“

Abst. 1 wurde einstimmig, Abst. 2 gegen eine Stimme angenommen. Gleichzeitig wurde dem Bevollmächtigten Reihner und dem Vorstehenden ganz einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, obigen Beschluß der Ortsverwaltung in der Berliner Arbeiterpresse zu veröffentlichen.

Auch die Meldung der „Roten Fahne“ und der bürgerlichen Organe, die Leipziger Transportarbeiter hätten sich Moskau angeschlossen, ist falsch. Von 18000 Mitgliedern haben etwa 150 zwischen Lichtausdrehen und Schlafengehen der Moskauer „Internationale“ ihre Sympathie ausgedrückt und dem Verbandsvorstand die Dummheit zugemutet, die die 150 angeblich begangen haben. Die Leipziger Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes hat die Meldung der „Roten Fahne“ in einer scharfen Erklärung zurückgewiesen. Wie die Leipziger Mitglieder des Transportarbeiterverbandes über Moskau denken, enthüllte einige Tage später eine Versammlung der Chauffeurs, die mit gut 200 gegen 6 (sechs!) den „Offenen Brief“ der politischen Barnums ablehnte.

Wenn der Transportarbeiterverband dasselbe Klamebedürfnis hätte wie die Kommunisten, könnte er mehrere hundert Versammlungsbeschlüsse gegen den „Offenen Brief“ veröffentlichen. Er tut es nicht, weil es doch bei dem „Sieg der Kommunisten“ bleibt.

## Holzarbeiter!

Ihr sollt morgen darüber entscheiden, wer in Zukunft die Berliner Ortsverwaltung leiten soll. Der Ausschluß dieser Entscheidung ist nicht nur bedeutungsvoll für Berlin, sondern für den ganzen Verband. Es gilt eine klare, unzweideutige Antwort zu geben auf die Frage: Moskau oder Amsterdam? Je nachdem Ihr die Antwort auf diese Frage erteilt, wird Euer Verband eine Gewerkschaft bleiben, die in der Lage ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu heben, ihre Macht zu stärken und die Durchführung des Sozialismus zu fördern, oder ein Zummelplatz politischer Kindschiffe werden, die verpflichtet sind, das zu tun, was die Moskauer Diktatoren ohne Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse, lediglich nach ihren eigenen egoistischen Parteiinteressen, ihnen diktiert.

Die Antwort kann keinem Arbeiter, der sich der großen Aufgabe, die er im Verein mit seinen Klassen Genossen zu erfüllen hat, bewußt ist, schwer fallen. Er kann nicht wollen, daß wie in Ausland die Diktatur der Woffen über die Arbeiter errichtet wird, daß

der Rückfandentag, das Rückbestimmungsrecht, wie es das B.N.G. gewährleistet, die Freizügigkeit, das Streikrecht und andere Rechte aufgehoben werden. Er kann nur wollen, daß diese Rechte der Arbeiterschaft nicht nur bestehen bleiben, sondern ausgebaut und dadurch die Macht und der Einfluß des arbeitenden Volkes so gestärkt werden, daß es ihm möglich wird, dem Sozialismus gegen den Kapitalismus zum Siege zu verhelfen.

Dieser Sieg kann nicht von heute auf morgen erungen werden; auch das Dreieck bombastischer Phrasen kann ihn nicht beschleunigen, sondern nur die systematische, von wissenschaftlicher Erkenntnis getragene Arbeit. Zu der muß sich gesellen die geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft. Jede Zersplitterung, jeder Versuch dazu schwächt die siegreiche Kraft des Proletariats, stärkt die Position der Kapitalisten.

Darum darf bei der Wahl der Führer nur denen die Stimme gegeben werden, die die Rechte der Arbeiter nicht irgendwelchen Parteiinteressen opfern, die Macht des Proletariats stärken und es in ruhiger aber zielbewußter Arbeit und geschlossener Front zum Siege führen wollen. Kein Holzarbeiter darf daher seine Stimme einer anderen Liste geben, als der, die beginnt mit den Namen

## August Siegfeld, Johann Gennroth.

Ein Musikerstreik störte Mittwoch die Aufführung des „Jüngling Adolar“ am Theater in der Kommandantenstraße. Zwischen dem ersten und zweiten Akt forderten die Musiker eine sofortige Zusage von 300 M. Die Operette wurde unter Klavierbegleitung zu Ende geführt. Die Streikenden sind striktlos entlassen worden. — Ein Bericht der Organisation liegt uns nicht vor, wir geben diese Meldung hauptsächlich in bezug auf die Entschiedenheit des Konflikts mit Vorbehalt wieder.

Die Aufnahme in die Kurse der Betriebsrätelehre und der Beginn derselben wird jedem einzelnen schriftlich mitgeteilt. Der Anfang einiger Kurse wird sich noch verzögern, da bisher noch nicht alle Anmeldebücher eingegangen sind. Wer also im Laufe der nächsten Woche noch keine Nachricht über seine Aufnahme hat, kann damit rechnen, daß ihm diese Nachricht zwar etwas später, aber bestimmt zugeht. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin erucht nochmals darum, daß alle, die sich noch im Besitze von Anmeldebüchern befinden, dieselben so schnell wie möglich an das Bureau der Betriebsrätelehre, Berlin SO. 16, Engelauer 15, 2. Hof 1 Treppe, einzusenden.

S.P.D.-Funktionäre der städtischen Betriebe! Sonnabend, 5 Uhr, und Sonntag, 10 Uhr, in den Zellen 23 Besprechung über die Aufstellung der Kandidaten zu den Betriebsrätewahlen. Wer Sonnabend verhindert ist, muß Sonntag erscheinen. Betriebssekretariat.

Wahlerversand. Freigewerkschaftliche Betriebsräte. Montag 4 1/2 Uhr bei Graumann, Kommandant. P. Betriebsräteversammlung. Tagesordnung: Wahl der Generalversammlungsdelegation und Gewerkschaft. — Kartendruck. Streikerversammlung Sonnabend, 9 Uhr, bei Böler, Weberstr. 17.

# Wirtschaft

## Der Wert der Ernteschätzungen.

Wiederholt wurde dargelegt, wach geringen Wert die Ernteschätzungen haben, und wie falsch es war, auf diesen amtlichen Statistiken aufzubauen, die die Kostlage der Landwirtschaft dazum sollten. All diese Schätzungen laufen darauf hinaus, möglichst viel zu verheimlichen, um mehr Getreide in den Schleichhandel bringen oder verfüttern zu können. Jetzt liegt ein sehr eklamantischer Fall aus Buntorf vor, der zeigt, um wie viele Millionen Zentner Getreide das Reich und die konsumierende Bevölkerung in den letzten Jahren von den Landwirten betrogen worden ist; denn dieser Fall ist geradezu ein Schulbeispiel, das ohne weiteres verallgemeinert werden darf.

Am 4. Juli 1920 sollte in Buntorf Roggen auf dem Halme verkauft werden. Als dieser Verkauf bekanntgemacht wurde, erschien gleichzeitig eine amtliche Bekanntmachung des Landrats, daß Roggen auf dem Halme laut Verfügung der Reichsgetreidestelle zum Preise von höchstens 70 Mark für den Zentner einschließlich Stroh verkauft werden dürfe nach Schätzung des Gemeindevorstandes. Bei dem Verkauf wurde der Auktionator auf diese Bestimmung hingewiesen, er erklärte jedoch, es handle sich um einen freihändigen Verkauf, bei dem jeder bieten könne, soviel er wolle. Es wurden dann auch pro Morgen zwischen 1000 und 1140 Mark geboten und bezahlt, obgleich der Roggen früher durch eine amtliche Schätzungskommission auf 7 bis 8 Zentner pro Morgen geschätzt war, so daß der von der Reichsgetreidestelle bestimmte Preis von 70 Mark für den Zentner weit überboten war. Gegen diesen Verkauf

erhoben nun die Buntorfer Bürger Beschwerde beim Magistrat und beim Kreisaußschuß mit dem Erfolge, daß der Verkauf rückgängig gemacht und eine neue Abschätzung des betreffenden Roggenfeldes vom Magistrat in Buntorf durch eine unparteiische Kommission angeordnet wurde. Diese Kommission bestand aus zwei Herren, die jetzt keine Landwirtschaft mehr betreiben, aber früher selbst Landwirte waren, darunter ein Oekonomierat. Man darf also annehmen, daß ihre Schätzung durchaus nicht übertrieben oder gar landwirtschaftsfeindlich ausgefallen ist. Und trotzdem kamen sie zu dem Ergebnis, daß der Morgen bei dem betreffenden Roggenfeld mit 14 Zentnern zu veranschlagen sei; ein Mitglied der Kommission erklärte sogar, daß es, wenn es sich den Roggen anschauen dürfte, wohl mehrere Morgen herausfinden wolle, die einen Ertrag von 16 Zentnern Roggen erbringen würden!

Hier haben wir den einwandfreien Beweis dafür, wie von den amtlichen Schätzungskommissionen, denen in der Regel Landwirte des betreffenden Bezirks angehören, gemogelt worden ist und welcher Wert demnach diesen Schätzungen und den darauf aufgebauten amtlichen Veröffentlichungen beizumessen ist. Hier muß endlich einmal gründlich Wandel geschaffen und mit eisernem Besen ausgekehrt werden, wenn das arbeitende Volk nicht weiterhin unter der Last eines Teils der Bevölkerung leiden und an Kraft einbüßen soll! Wir verlangen, daß in diesem Falle die amtlichen Schätzer einer entsprechenden Bestrafung zugeführt werden.

Siemens u. Halske A.-G. In der Generalversammlung der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft hielt der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Dr. C. F. v. Siemens, eine Ansprache, in der er zur Dividendenpolitik u. a. folgendes ausführte: „Schwere wirtschaftliche Zeiten stehen uns in Deutschland bevor. Auf der Welt ist eine Krise ausgebrochen, die im natürlichen Gange der Dinge auch uns treffen wird, nur vielfach verschärft durch Unverständnis, kurzsichtigen Egoismus unserer Feinde. Wir haben uns entschlossen, Ihnen die Auszahlung einer Dividende von 12 Proz. wie in früheren Jahren in Vorschlag zu bringen.“ Nachdem er eine höhere Verzinsung der Geldwerte zu rechtfertigen versucht hatte, fuhr er fort: „Die Summe der an unsere Aktionäre ausgeschütteten Dividenden und Zinsen des unläßbaren Darlehens bei S. u. H. und S.S.B. betragen 1834 Millionen Mark. An Löhnen und Gehältern haben wir 470 Millionen Mark ausgegeben. Die ganze Dividendensumme, auf die Arbeitnehmer verteilt, würde einer Erhöhung des Stundenlohnes von 13 Pf. entsprechen oder 3,8 Proz. der Gehälter und Löhne des abgelaufenen Geschäftsjahres. Wenn ich daher auch eine angemessene Erhöhung der Dividende als berechtigt anerkennen muß, so halte ich es aber auch aus wirtschaftlichen Gründen für einen großen Fehler, der in einzelnen Fällen gemacht worden ist, und die Erfüllung berechtigter Forderungen erschwert, daß manche Gesellschaften übertrieben hohe Gewinne zur Ausschüttung gebracht haben.“ — Vorläufig haben wir in den meisten Abteilungen gute Aufträge vorliegen, durch die Arbeiter Ruhe der vergangenen Monate beginnt das Vertrauen des Auslandes sich wieder einzustellen, und die Lieferungen werden wieder zuverlässiger. Mit dem Abbau der Preise haben wir seit Juli begonnen und an ihm festgehalten.“ — Die Generalversammlung genehmigte die Beschlüsse, über die wir seinerzeit berichteten.

Konkursstatistik. Die Zahl der Konkurse betrug im Januar 1920 gegenüber 145 Konkursen im Dezember und 78 Konkursen im Januar 1919.

Der industrielle Kapitalbedarf war im Monat Januar 1921 geringer als im Dezember vorigen Jahres. Nach der Statistik der Firma Stenger, Hoffmann u. Co., Berlin. Esien, wurden im letzten Monat neue Industripapiere für 1551 Millionen Mark ausgeben gegen 2018 Millionen Mark im Dezember 1920 und 767 Millionen Mark im Januar 1920. Im einzelnen entfallen auf Stammaktien 908 Millionen Mark (Januar 1920: 555 Millionen Mark), auf Vorzugsaktien 247 Millionen Mark (76 Millionen) und auf industrielle Obligationen 396 Millionen Mark (136 Millionen). (Schluß des redaktionellen Teils.)

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Meise, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin. Druck: Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin. Einheitspreis: 1 Blatt.

**Dujardin**  
das feinste  
**Weinbrand.**

DUJARDIN & Co. G.m.b.H. ÜRDINGEN \*RH.  
L'AROCHELLE (COGNAC-CHARENTAIS MARQUE)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:  
**Ernst Horitz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114.**  
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4941.

# Weisse Woche

<b>Weiss-Porzellan</b>	<b>Besonders preiswert</b>	<b>Wirtschaftsmittel</b>
Kaffeekannen 6 <sup>25</sup> 8 <sup>75</sup> 12 <sup>25</sup>	<b>Obertassen</b> 1 <sup>10</sup>	<b>Tafelwagen</b> (5 kg) weils lackiert 72 <sup>50</sup>
Teekannen..... 3 <sup>25</sup> 6 <sup>25</sup> 9 <sup>50</sup>	weiss Porzellan .....	<b>Kasserolle</b> Alum. 18 <sup>75</sup> 23 <sup>25</sup> 30 <sup>00</sup>
Milchtöpfe ..... 1 <sup>75</sup> 2 <sup>45</sup> 3 <sup>65</sup>	<b>Obertassen</b> 1 <sup>20</sup>	<b>Schüsseln</b> Emaille, weils 7 <sup>50</sup> 8 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup>
Zuckerboxen ..... 2 <sup>75</sup>	weiss Porzellan, gross .....	<b>Schüsseln</b> Emaille, weils 10 <sup>00</sup> 12 <sup>00</sup> 15 <sup>00</sup>
Tassen mit Untertassen ..... 1 <sup>75</sup>	<b>Salatieren</b> 4 <sup>25</sup>	<b>Wasserkrüge</b> Emaille, weils.. 12 <sup>50</sup>
Kaffeeteller ..... 1 <sup>95</sup>	weils Steingut .....	<b>Waschgarnituren</b> Emaille, 3teilig. 56 <sup>00</sup>
	<b>Glasschalen</b> 1 <sup>15</sup>	
	Pressglas, rund .....	
	<b>Kompotteller</b> 1 <sup>35</sup>	
	Pressglas .....	
	<b>Kaffeemühle</b> 52 <sup>50</sup>	
	Wand- gute Ausführung .....	

Wir sind der **Weissen Woche** bieten unsere sortierten Lager Gelegenheit bei bekannt billigen Preisen in **Damenwäsche / Bettwäsche / Wäschestoffen / Leinenwaren / Handarbeiten / Herrenartik. el. usw.** zu besonders **günstigem Einkauf**

# HERMANN TIETZ

50 Papier-Servietten weils, gezinkt..... 4<sup>75</sup>  
1 Läufer, 25 Servietten weils, mit Goldmuster 6<sup>95</sup>